

6 Tagesordnung, öffentlich

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, jetzt darf ich Sie bitten, den Sitzungsspiegel für die heutige Sitzung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder all jene Stücke zusammengetragen, die schon nicht mehr berichtet werden und die auch schon ein positives Abstimmungsergebnis haben. Es betrifft das Stück Nr. 1, einstimmiger Beschluss, beim Stück Nr. 3 bitte ich Sie, dass wir dieses GGZ-Stück betreffend LKF-Finanzierungsvertrag 2018 im nicht öffentlichen Teil zu behandeln haben, also wird es in den nicht öffentlichen Teil verschoben, kann aber gleich anmerken, dass es hier auch einen einstimmigen Beschluss gibt. Die Stücke 4 bis 8 sind alle einstimmig beschlossen, ebenso das Stück Nr. 10. Auch ein einstimmiger Beschluss ist beim Stück Nr. 12 gegeben. Das Stück Nr. 13 hat generell die Gegenstimmen der KPÖ, in Punkt 6 ist auch die SPÖ dagegen. Stück Nr. 14 ist einstimmig beschlossen, das Stück Nr. 15 ebenso.

En bloc:

6.1 Stk. 1) A 1-1635/2003-76 Geldaushilfe für städtische Bedienstete aus Anlass der Geburt eines Kindes; Neuregelung ab 1.5.2018

Der Gemeinderat wolle in Abänderung seines zu GZ. Präs. 79/1-1964 gefassten Beschlusses vom 23.4.1964 nachstehende Regelung treffen:

- Beamten/Beamtinnen und Vertragsbediensteten, die in einem unbefristeten Dienstverhältnis zur Stadt Graz stehen, wird aus Anlass der Geburt eines lebend geborenen Kindes eine einmalige, nicht rückzahlbare Geldaushilfe von 149 Euro gewährt.
- Die Geldaushilfe wird pro Anlassfall nur einmal gewährt; stehen beide Eltern des Kindes in einem Dienstverhältnis zur Stadt Graz, gebührt die Geldaushilfe nur einem Elternteil.

- Die Geldaushilfe gebührt für Geburten ab 1.5.2018.
- Die Auszahlung erfolgt auf Antrag des/der Bediensteten; der Antrag ist spätestens 6 Monate nach Geburt im Personalamt einzubringen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.2 Stk. 4) A 8-77397/2017-7

**Abteilung für Bildung und Integration,
Beistellung von Betreuungspersonal in Grazer
Pflichtschulen für das Schuljahr 2018/19
Projektgenehmigung in der OG 2018 – 2019 in
Höhe von € 330.000,--**

Die Projektgenehmigung in Höhe von € 330.000,-- für die Beistellung von Betreuungspersonal in Grazer Pflichtschulen gemäß § 35a StPEG 2004 für das Schuljahr 2018/19 (für 2018: € 97.500,-- und für 2019: € 232.500,--) wird in der OG 2018 - 2019 erteilt. Die Kosten werden aus dem jeweiligen Eckwert der Abteilung für Bildung und Integration finanziert, 60 Prozent werden nachträglich vom Land Steiermark refundiert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.3 Stk. 5) A 8-024699/2006/0039

**FH Standort Graz GmbH; Ermächtigung des
Vertreters der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des
Statuts der Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss**

1. Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der FH Standort Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:
 - Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017
 - Feststellung des Jahresverlustes in Höhe von EUR 984.543,31 und Ausgleich durch die Gesellschafterin Stadt Graz auf Basis der bestehenden Verlustabdeckungszusage und der Ergebnisabführungs- und Finanzierungsvereinbarung
 - Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017
2. Die Stadt Graz gleicht den Jahresverlust der FH Standort Graz GmbH nach erfolgter Feststellung des Jahresabschlusses 2017 in Höhe von EUR 984.543,31 aus. Die Bedeckung ist auf der Fipos 1.28010.755000 „Lfd. Transferzahlungen an Unternehmungen" in der OG des VA 2018, vorbehaltlich seiner Beschlussfassung durch den Gemeinderat, gegeben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.4 Stk. 6) A 8-15051/2012-15 Steirische Abfallwirtschaftsverbände GmbH;
Ermächtigung für die Vertreterin der Stadt Graz
gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der LH Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung; GV**

Die Vertreterin der Stadt Graz in der Steirischen Abfallwirtschaftsverbände GmbH, Frau Stadträtin Tina Wirnsberger, wird ermächtigt, in der am 16.05.2018 stattfindenden Generalversammlung der Steirischen Abfallwirtschaftsverbände GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Beschlussfassung über die Prüfung und die Feststellung des Jahresabschlusses 2017

2. Beschlussfassung des Bilanzverlustes von - 21.782,00 für 2017, welcher auf neue Rechnung vorgetragen wird
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017
4. Beschlussfassung über den Antrag der Stadt Graz, wonach die Stadt Graz ihren Geschäftsanteil zum anteiligen Buchwert den Mitgesellschaftern zur Übernahme anbietet und bereits ankündigt, falls eine solche Übernahme nicht zustande kommt, bei der nächsten Generalversammlung, welche über den Jahresabschluss 2018 beschließt, einen Liquidationsantrag zu stellen. Begründet wird dies mit dem kontinuierlichen Verbrauch der Eigenmittel, welche zu einem späteren Zeitpunkt eine geordnete Liquidation ohne Nachschüsse gefährdet erscheinen lässt. Die Stadt Graz hat aber keine weiteren Nachschüsse beschlossen.
5. Genehmigung des Finanzberichtes der Geschäftsführung zur Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit
6. Planung des Geschäftsjahres 2018
7. Allfälliges

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.5 Stk. 7) A 8/4-6401/2018

Spielbergweg, Übernahme des 792 m² großen Gdst. Nr. 165/20, EZ 638, KG Wetzelsdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

1. Die unentgeltliche Abtretung aus der Verlassenschaft nach Frau [REDACTED], geb. 24.2.1920, Grazer Straße 31, 8111 Judendorf-Straßengel, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz im unverbürgten Gesamtausmaß von 792 m², wird genehmigt.
2. Die Übernahme des in Pkt. 1. aus der Verlassenschaft nach Frau [REDACTED] abgetretenen Grundstückes in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

3. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.
4. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird vom Gerichtskommissär Notar Mag. Oliver Czeike durchgeführt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.6 Stk. 8) A 8/4-6092/2018

**Bergmanngasse – Grundstücksbereinigung
Auflassung aus dem Öffentlichen Gut der Stadt
Graz und unentgeltliche Übertragung in das
Öffentliche Gut des Landes Steiermark sowie
Übernahme in das Öffentliche Gut der Stadt
Graz verschiedener Grundstücksflächen in der
KG Geidorf**

1. Die Auflassung des 13.161 m² großen Gdst. Nr. 804/5, EZ 50000, KG Geidorf, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Übertragung des in Pkt. 1.) aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz aufgelassenen Grundstückes Nr. 804/5, EZ 50000, KG Geidorf, im Ausmaß von ca. 13.161 m² in das Öffentliche Gut des Landes Steiermark (Landesstraßenverwaltung) wird genehmigt.
3. Die Übernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Graz nachfolgend angeführter Grundstücke bzw. Teilflächen in der KG Geidorf, im Gesamtausmaß von 47.955 m², wird genehmigt:
Gdst. Nr. 843/3 ca. 79m²
Gdst. Nr. 2885/1 ca. 9.358 m²
Gdst. Nr. 2901/1 ca. 2.667 m²
Gdst. Nr. 2901/2 ca. 388 m²
Gdst. Nr. 2902/1, ca. 3.523 m²
Gdst. Nr. 2902/2 ca. 394m²

Gdst. Nr. 2904/1 ca. 4.997 m²

Gdst. Nr. 2904/2 ca. 1.036 m²

Gdst. Nr. 2906/1 ca. 4.060 m²

Gdst. Nr. 2906/2 ca. 2.463 m²

Gdst. Nr. 2913/1 ca. 3.600 m²

Gdst. Nr. 2913/2 ca. 3.374 m²

Gdst. Nr. 2917 /1 ca. 2.116 m²

Gdst. Nr. 2917 /2 ca. 843 m²

Gdst. Nr. 2029/3 ca. 9.057 m²

insgesamt ca. 47.955 m²

4. Die Vermessung sowie die Errichtung des Teilungsplanes erfolgte bereits durch das Vermessungsbüro Dipl. Ing. Breinl, die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch und auf Kosten des Landes Steiermark veranlasst.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.7 Stk. 10) A 23-057608/2017 /0002 Holding Graz-Kommunale Dienstleistungen
A 8-20081/2006 – 201 GmbH, Projektgenehmigung Recycling Center
A 8-21515/2006-233 neu 14, 77 Mio. Euro; Richtlinien für die
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967:
Projektgenehmigung und Ermächtigung für
den Vertreter der Stadt Graz;
Umlaufbeschluss**

- 1) Der vorstehende Bericht zum „Masterplan Sturzgasse - Recyclingcenter neu und Erneuerungsinvestition Stadtraum" wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2) Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz-Kommunale Dienstleistungen GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, (sowie analog der

GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH) wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur oben beschriebenen Investition „Masterplan Sturzgasse - Recyclingcenter neu und Erneuerungsinvestition Stadtraum“ (€ 14, 770 Mio.) gem. § 15 Abs. 7 lit c. des Gesellschaftsvertrages der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH (Zuständigkeit der Generalversammlung)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- | | |
|--|--|
| 6.8 Stk. 12) A 8-18780/2006-141 | „Vorprojekt Graz. Kulturjahr 2020“ |
| A 8-077405/2017/0064 | 1. Ergänzung des Finanzierungsvertrages |
| A 16-014668/2013/0436 | vom 17.10.2017 mit Stadtmuseum Graz GmbH |
| | 2. Nachtragskredit über € 94.600,- in der OG 2018 |

Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif 10 sowie § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 idF LGBl 45/2016, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

1. Der Abschluss der einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Ergänzung zum Finanzierungsvertrag vom 19.10.2017 wird genehmigt.
2. Die haushaltsplanmäßige Vorsorge in Höhe von € 94.600,- wird genehmigt. Es wird ein Nachtragskredit in Höhe von € 94.600,- in der OG 2018 wie folgt verbucht:

1.34000. 755100 „Lfd. Transferz. an Unternehmungen“ € 94.600,--

1.97000. 729000 „Sonstige Ausgaben“ € 94.600,--

Dadurch erhöht sich der Eckwert des Kulturamtes um € 94.600,--.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.9 Stk. 13) A 8-21515/2006-232 GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH Richtlinien für die ordentl. Generalversammlung gern § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz; Stimmrechtsermächtigung

1. Zu TOP 2 - Genehmigung des Jahresabschlusses 2017 und Kenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate-Governance-Berichtes für das Geschäftsjahr 2017
2. Zu TOP 3 - dem Vorschlag den Bilanzgewinn der GBG zum 31.12.2017 in Höhe von € 60.543.569,31 im Verhältnis der eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter, an diese auszuschütten wird, zugestimmt.

	Anteil/Stammkapital	Anteil Bilanzgewinn in EURO
Stadt Graz	99,5%	60.240.851,46
Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH	0,5%	302.717,85

Die Ausschüttung des Bilanzgewinns durch die Gesellschaft erfolgt binnen 14 Tagen nach Abruf durch die Finanzdirektion der Stadt (in maximal 3 Tranchen).

3. Zu TOP 4 - Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017
4. Zu TOP 5 - Zustimmung zur Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2017

5. Zu TOP 6 - Genehmigung der Bestellung der Steirische Prüfungs- und BeratungsGmbH, Leonhardstraße 109, 8010 Graz, zur Wirtschaftsprüferin für das Geschäftsjahr 2018
6. Zu TOP 7 - Zustimmung zur Bestellung von Dr.ⁱⁿ Claudia Unger zum Mitglied des Aufsichtsrates in der laufenden Funktionsperiode

Punkt 6 des Antrages wurde gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ, der Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ).

GR. Frölich enthält sich der Stimme.

6.10 Stk. 14) A 8-8679/2010-61

**ITG Informationstechnik Graz GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung; Umlaufbeschluss
Jahresabschluss 2017**

Der Vertreter der Stadt Graz in der ITG Informationstechnik Graz GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege den Anträgen gemäß beiliegendem Umlaufbeschluss zuzustimmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.11 Stk. 15) A 8-17563/2006 – 246

**Betreff: Theaterholding Graz/ Steiermark GmbH, 15. Generalversammlung am 7. Mai 2018, Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus
Berichterstatte(r)in: der Stadt Graz gem. § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, in der am 7. Mai 2018 stattfindenden 15. o. Generalversammlung der Gesellschaft, vorbehaltlich einer gleichlautenden Beschlussfassung des Landes Steiermark, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zu TOP 2: Zustimmung zur Tagesordnung
2. Zu TOP 3: Genehmigung des Protokolls Nr. THO 14/2017 vom 16. März 2017
3. Zu TOP 4: Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses bzw. der Bilanz 2016/2017 (Theaterholding Graz/Steiermark GmbH und gesamter Konzern) und Zustimmung zur Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2016/2017
4. Zu TOP 5: Zustimmung zur Bestellung der ARTG Allgemeine Revisions- und Treuhandgesellschaft m.b.H., Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 8011 Graz, Brückenkopfgasse 1, zur Wirtschaftsprüferin für das Wirtschaftsjahr 2017 /2018
5. Aufgrund der Ausübung des Nominierungsrechtes des Landes Steiermark
 - Zustimmung zur Wahl von Fr. Dr.ⁱⁿ Elisabeth Freismuth in den Aufsichtsrat der Gesellschaft und
 - Zustimmung zur Bestellung von Fr. Dr.ⁱⁿ Elisabeth Freismuth zur Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Dr. Riegler

6.12 Stk. 2) A 8–64292/2017-35	Rechnungsabschluss 2017
StRH 68566/2017	Haus Graz
GGZ 021796/2008/0061	a) Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2017
GPS-33/2018/0002	Analyse- u. Prüfteil
WG 39853/2016/0019	b) GGZ geprüfter Jahresabschluss 2017
	c) GPS Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2017
	d) Wohnen Graz Prüfung des Jahresabschlusses 2017

Riegler:

Der Rechnungsabschluss 2017 ist sehr erfreulich und erfolgreich. Es konnte unter anderem erstmalig, nach vielen Jahren, wieder ein Rückgang der Fremdfinanzierung, sprich des Schuldenstandes, erzielt werden. Dafür maßgeblich ist eine Kombination aus verschiedenen Faktoren.

Einerseits natürlich, es wäre falsch, das nicht zuzugeben, eine positive Entwicklung bei der Konjunktur in Verbindung natürlich mit einer zuvor auch vorsichtigen Budgetierung, denn nur, wenn man sehr vorsichtig budgetiert, kann dann eine positive Entwicklung sich im Nachhinein positiv auswirken.

Zweitens eine positive und günstige Entwicklung, sicher auch getrieben durch eine umsichtige Sozialpolitik bei den Ausgaben für Mindestsicherung und anderen Sozialausgaben. Drittens ist es aber so, dass wir dennoch ein hohes Investitionsvolumen getätigt haben. Es wurden 144 Mio. Euro aufgewendet für Investitionen. Das heißt, es ist mitnichten so, dass man sagen könnte, z.B. es wäre möglicherweise zuwenig investiert worden oder man hätte es halt auf die Zukunft verschoben, ganz im Gegenteil, wie gesagt, 144 Mio. Investitionen sprechen eine deutliche Sprache, das ist fast ein „All time high“ in den letzten Jahren.

Diese Faktoren haben dazu geführt, dass wir einerseits eine Verbesserung beim EBITDA, beim Maastrichtergebnis, sowie auch insgesamt beim Schuldenstand haben. Ich möchte auch darauf verweisen, dass rechtzeitig in der Karwoche gemeinsam von Dr. Stöckl, Stadtrechnungshof und Mag. Günther von der Finanzdirektion der

konsolidierte Abschluss fertiggestellt wurde. Der konsolidierte Abschluss ist, wie Sie wissen, eine Berechnung, die seit 2004 in der Stadt Graz durchgeführt wird, mit der ich eine gewisse Vertrautheit habe, weil ich selbst seinerzeit diesen konsolidierten Rechnungsabschluss erstellt und geprüft habe. Daher freue ich mich, sagen zu können, dass sowohl das Leistungsvolumen, also sprich die Summe aller Einnahmen von Dritten, das können Bundesertragsanteile ebenso sein wie auch Ticketerlöse aus allen möglichen Bereichen, dass dieses Leistungsvolumen stark zugenommen hat. Besondere Bedeutung für uns hat natürlich immer die Kommunalsteuer als wichtigste kommunale Abgabe und all diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass eigentlich die Schere zwischen dem Leistungsvolumen und der Entwicklung des Schuldenstandes zusammengegangen ist. Das heißt, wir haben bei einem gestiegenen Leistungsvolumen eigentlich sogar einen gesunkenen Schuldenstand. Insgesamt also ist der Schuldenstand bezogen auf die Ertragskraft der Stadt Graz erfreulicher Weise zurückgegangen. Das nehme ich zum Anlass, bei dieser Gelegenheit auch gleich sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz als auch der Beteiligungsgesellschaften zu danken und auch zu loben, welche Leistungen hier erbracht wurden. Ich erwähne, dass insbesondere bei den Beteiligungsgesellschaften sehr erfreuliche Entwicklungen gegeben waren. So ist etwa bei der Holding Graz, wir werden die Stücke heute noch präsentiert bekommen, der Zuschussbedarf und das Ergebnis insgesamt gleich geblieben bei stark gestiegenem Leistungsvolumen. Wir haben beim Ankünder einen starken Sprung bei den Einnahmen und beim Ergebnis. Wir haben im Flughafen vier neue Verbindungen, es ist insgesamt zu vermerken, und auch bei den anderen Abschlüssen, ich erwähne hier die ebenfalls in einem abgehandelten Stücke von den Geriatrischen Gesundheitszentren, vom Parkraumservice, ein besonderer Glückwunsch und Dank auch an den Herrn Pogner. Weiters Eigenbetrieb Wohnen, da in Richtung des Herrn Uhlmann und des Herrn Vizebürgermeisters ein herzliches Dankeschön. Insgesamt können wir, was mich sehr freut, immerhin ist es das erste Mal, dass ich das hier an dieser Stelle tun darf, können wir insgesamt auf ein sehr positives Jahr 2017 zurückblicken und uns wirklich an den positiven zahlenmäßigen Entwicklungen erfreuen. Ich möchte vielleicht noch kurz

erwähnen, dass es ja auch ein eigenes Stück des Stadtrechnungshofes geben wird und dieser Rechnungshofbericht im Wesentlichen bestätigt, dass die Zahlen richtig und ordnungsgemäß aus dem Rechenwerk abgeleitet sind. Dass alles gesetzeskonform ist, dort wo der Stadtrechnungshof in einzelnen Punkten Kritikpunkte angebracht hat, muss man sagen, ja, dort wo Fehler passiert sind, ich erwähne ein paar Buchungsfehler, dort konnte das Gott sei Dank mittlerweile alles längst behoben und richtiggestellt werden. Wo es darum ging, hinsichtlich des Dienstpostenplanes eine Kritik anzubringen, dass dieser nicht 100%ig VRV-konform abgebildet sei, erwähne ich, dass mir wiederum Dr. Kalcher von der Personalabteilung gesagt hat, dass es sehr wohl zulässig sei, bei befristeten Dienstverhältnissen auch über Plan zu budgetieren. Es reiche sozusagen, wenn die wertmäßige Angabe und Branche und nicht unbedingt der Posten als solcher abgebildet werden. Daran muss ich mich halten an diese Auskunft. Dort wo es z.B., weil ich drei Minuten noch habe, nutze ich sie, um auch darüber noch eine kurze Bemerkung zu machen, dort wo bemängelt und kritisiert wird, dass wir keine ausreichende Vermögensbewertungsrichtlinie hätten, möchte ich darauf verweisen, dass wir ja sozusagen am Vorabend der VRV, des Inkrafttretens der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung stehen, was ich ja begrüße. In dem Zusammenhang auch die Frau Infeld-Handl, das wir da ja mit vollen Segeln, könnte man sagen, hart am Wind segeln und eigentlich weit früher ins Ziel kommen könnten, wenn wir das wollten. Jedenfalls wird natürlich Teil diese Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung auch ein Vorschriftswesen sein, wie man einzelne Vermögenswerte, von Gehsteigen über Kanalröhren bis hin zu Gebäuden, zu bewerten haben wird. Da stehen zum Teil oft wissenschaftlich spannende Fragen dahinter, wie bewertet man einen Stadtpark, den man ja eigentlich nicht weiterverkaufen kann und soll, also welche Werte kann man dafür ansetzen und umgekehrt wird uns auch noch die Frage begegnen, über die auch schon Dissertationen geschrieben wurden, wie bewertet man Pensionsrückstellungen und wie bewertet man insbesondere auch Vermögen, wie z.B. Gebäude oder Straßen? Denn gerade bei den Straßen ist es eigentlich so, dass wir seit vielen Jahren ein sehr gutes System haben, wo wir eben die Straßen nach deren Zustand bewerten. Insofern sage ich ja, die Kritik des

Stadtrechnungshofes, wenn sie lautet, es gibt keine Vermögensbewertungsrichtlinie, dann ist die Antwort richtig. Allerdings nehmen wir diese Kritik nicht ganz uns persönlich an, wir ziehen uns den Schuh nicht persönlich an, sondern wir warten darauf, dass tatsächlich auch eine bundeseinheitliche Vorgabe kommt. Wie gesagt, das alles und noch viel mehr steht in diesem schlanken Stück zur Vorkontrolle des Stadtrechnungsabschlusses 2017. Ich freue mich über das gute Ergebnis mit Ihnen, hoffe auf möglichst breite Zustimmung und Kenntnisnahme dieses Prüfberichtes und darf einladen zu einer allfälligen Diskussion über die Themen des Rechnungsabschlusses. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. a.) Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz der Ordentlichen und der Außerordentlichen Gebarung für das Jahr 2017 wird genehmigt.
 - b.) Die Überschreitung der im Motivenbericht angeführten Konten und Deckungsklassen wird nachträglich beschlossen.
 - c.) Die gemäß § 27 der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz über die entsprechenden Reservefonds abgewickelten Wirtschaftserfolge des Haushaltsjahres 2017, das sind die Soll-Abgänge des Betriebsfonds für Pflichtleistungen von € 641.070,41, des Fonds für Erweiterte Heilbehandlung von € 81.614,06, des Fonds für Zusätzliche Leistungen von € 294.547,53, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der konsolidierte Haus-Graz-Abschluss 2017 wird genehmigt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.15 Uhr).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Danke für die Ausführungen. Ich darf vorweg jetzt Herrn Gemeinderat Frölich herausbitten, um auch noch aus dem Ausschuss heraus sozusagen eine Vorberichterstattung zu tätigen.

GR. Mag. Frölich:

Herr Vizebürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Der Herr Stadtrat hat jetzt schon die Klammer gemacht rund um den Punkt a dieses Stückes, hinter dem sich die beiden Berichte über die Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses verbergen. Einerseits der Prüfbericht über den Analyseteil des Prüfberichtes, der andere Prüfbericht ist der Prüfteil. Wir haben im Kontrollausschuss beide Berichte ausführlich diskutiert, die Berichte sind uns dargelegt worden und die jetzt uns vorliegenden Berichte an den Gemeinderat aus dem Kontrollausschuss enthalten im Wesentlichen jene Punkte, die der Herr Stadtrat hier erwähnt hat. Es ist vielleicht, um das mit einem Satz noch zu ergänzen, der Hinweis enthalten, dass, wie alle Jahre, die Einmaleffekte wieder auftauchen. Alle Jahre gibt es Einmaleffekte, die auf Abschlüsse natürlich in der Abgrenzung Einfluss nehmen und beide Berichte wurden ausführlich diskutiert und deshalb darf ich bitten, auch formal aus dem Kontrollausschuss, dass die beiden Prüfberichte hier, die Vorkontrolle des Rechnungsabschlusses, Prüfteil und Analyseteil, bitte auch mitabgestimmt werden.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Ich darf auch kundtun, Herr Klubobmann Eber hat darum ersucht, dass wir die Punkte a bis d separat abstimmen.

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren. Wenn man sich dieses doch recht umfassende Zahlenkonvolut und den umfassenden Bericht ansieht, dann muss man eigentlich zunächst einmal festhalten, dass hier sehr viel Arbeit dahintersteht, diese Zahlen in die richtige Ordnung sozusagen zu bringen und daher auch von meiner bzw. von unserer Seite ein herzlicher Dank an alle, die an diesen Berichten hier mitgearbeitet haben. Insbesondere auch an den Stadtrechnungshof, der hier einen eigenen Bericht erstellt hat. Ich möchte nur kurz sagen, an der Basis stehen natürlich die tausenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Haus Graz bei den Beteiligungen und im Magistrat selbst, ohne die dieses Ergebnis letztlich nicht zustande gekommen wäre und auch an die gilt es, so glaube ich, unseren Dank auszusprechen. Ich möchte den Jubelbericht, möchte ich fast sagen, den der Herr Stadtrat Riegler hier gehalten hat, nur insofern vielleicht etwas einschränken, der Kollege Frölich hat es schon angesprochen: Die Einmaleffekte, auf die muss schon gesondert hingewiesen werden, denn da geht es immerhin um große Beträge. Zum einen um 24 Mio. Euro von Bundesertragsanteilen, die 2017 verbucht wurden, obwohl sie eigentlich zu 2016 gehört hätten. Das heißt, allein dadurch, dass wir 13 Mal für 12 Monate die Ertragsanteile bekommen haben, ergibt sich eine bestimmte Verzerrung und ebenso geht es dabei um 10 Mio. Euro, die von Wohnen Graz auch eben ein Jahr später verbucht wurden. Jeweils muss man dazu sagen, das ist natürlich nicht falsch, hat alles seine Richtigkeit und wurde in Absprache mit den zuständigen Stellen und auch mit den übergeordneten Stellen so gemacht. Ich habe, und der Herr Vorsitzende hat es schon erwähnt, ersucht, ich möchte gerne, dass wir die Punkte a bis d gesondert abstimmen, weil wir diesen Punkten, also dem Bericht vom Stadtrechnungshof und den Rechnungsabschlüssen von Wohnen Graz, GPS und GGZ zustimmen werden. Nicht zustimmen werden wir dem Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz. Im Wesentlichen deshalb, auch deshalb hat heute im Ausschuss ein kluger Kopf schon gesagt, es geht beim Rechnungsabschluss nicht um den politischen Willen, sondern um den Bericht des Vollzugs und ich möchte aber ergänzen, es geht natürlich um den

Vollzug des politischen Willens. Nachdem wir dem Budget ja auch nicht zugestimmt haben, ist es meines Erachtens natürlich auch so, dass sich hier der politische Wille klar ausdrückt im Rechnungsabschluss und daher gibt es von unserer Seite hier keine Zustimmung. Ich glaube, ich habe alles erwähnt. Dankeschön.

GR. Ehmann:

So, des Rätsels Lösung, der kluge Kopf darf sich auch melden. Geschätzter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, der Rechnungsabschluss und auch innerhalb des Stadtrechnungshofs die Betrachtung dessen war in Ordnung, wir haben das auch ausführlich, Kollege Frölich als Berichterstatter hat es schon genannt, ausführlich debattiert und diskutiert. Haben das natürlich letztendlich in Eintracht abgestimmt und auch abgeseget. Deshalb auch einmal ein Danke an das Stadtrechnungshofteam für die gute Arbeit. Aber auch ein Ausdruck, ein geringer Ausdruck der Freude über das Ergebnis. Grundsätzlich, möchte ich ein paar Anmerkungen zu StR. Riegler machen. Die umsichtige Vorgehensweise bei der Mindestsicherung, das ist auch eine spannende Ausführung, denn eine umsichtige Vorgehensweise, wie sieht die aus? Dass die Sozialausgaben nicht gestiegen sind, wie sieht das aus? In der Mindestsicherung ist es ganz einfach. Es gibt einen Rechtsanspruch, oder es gibt keinen Rechtsanspruch und es gibt kein Deuteln und kein Hin- und kein Rücksichtln, sondern es gibt ganz klare Regeln dazu, die auch selbstverständlich eingehalten werden. Kraft der guten konjunkturellen Lage, über die wir uns alle natürlich freuen, ist es natürlich nicht notwendig, mehr Bezieherinnen und Bezieher ins System oder bzw. im System zu tragen und daher auch die geringen Steigerungsraten in diesem Bereich. Das ist auch klar und auch gut so, aber wie gesagt, es gibt einen Rechtsanspruch oder eben keinen. Die Konjunkturlage wurde schon angesprochen und was man nicht vergessen darf, das wird immer wieder übersehen bei den Debatten, natürlich hat auch die Steuerreform der letzten Jahre zu greifen begonnen. Das war natürlich auch eine gute Sache, die hier die Konjunktur

mitangefeuert hat. Das darf man schlussendlich nicht außer Acht lassen. Bei den Einmaleffekten möchte ich auch noch hinzufügen, da ist es eher ungewöhnlich, dass wir in dieser Höhe die Einmaleffekte, basierend auf den Ertragsanteilen, übertragen. Das heißt, dass man sie von 2016 auf 2017 fortschreibt, und in Wahrheit könnte man dann die Darstellung auf 48 Mio. bringen und nicht auf 24 Mio., das ist schon eher ungewöhnlich. Solche Einmaleffekte haben wir sonst grundsätzlich eher nicht. Deshalb ist es auf jeden Fall erwähnenswert und das hat natürlich auch zu einer besseren Darstellung geführt. Aber wie gesagt, insgesamt grundsätzlich erfreulich das Ergebnis mit einigen Erläuterungen, warum das so ist und wie gesagt, im Sozialbereich ist das relativ klar, warum sich das so darstellt, wie es sich darstellt. Da geht es eher nicht um umsichtige Vorgehensweisen, sondern um Rechtsansprüche, vielen Dank.

GRⁱⁿ **Ribo**, MA:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. Ich möchte mich den Worten meiner Vorredner anschließen zum Teil. Auch von unserer Seite natürlich ein großes Danke an alle Personen, die bei diesem großen und komplizierten Stück mitgearbeitet haben. Natürlich auch ein Dank an den Stadtrechnungshof und das gesamte Team. Ich möchte mich jetzt auch nicht wiederholen. Gute Konjunktur, ja, wir haben alle davon profitiert, super, freut uns. Dann die Einmaleffekte wurden auch schon erwähnt, ja wir haben sie im Ausschuss gehabt, stimmt, die haben ein bisschen, oder ein bisschen ist milde gesagt, die haben das Ergebnis eben noch besser dargestellt, ist auch gut, das ist jedes Jahr so, da gibt es auch nichts zu kritisieren. Was mich ein wenig stört oder was mich eher traurig macht, dass man als Stadtregierung stolz darauf ist, dass man bei den Ärmsten unserer Gesellschaft gespart hat. Das ist für mich kein gutes Zeugnis, wenn man eben als Stadtrat oder als die gesamte Stadtregierung stolz darauf ist, ...

*Zwischenruf StR. **Krotzer**: Nicht die gesamte Stadtregierung.*

Ribo:

Entschuldigung, nicht die gesamte Stadtregierung, tut mir leid, ich meine, regierende Parteien, wenn die stolz darauf sind, umgerechnet 140 € bei den Ärmsten gespart zu haben, das ist für mich ein sehr trauriges Zeugnis. *(Appl. Grüne und KPÖ)*

Es könnte auch anders gehen, man könnte auch sagen, aufgrund dieser guten Konjunktur, für die die Regierung nichts kann, aber die man einfach nutzen soll, könnte man auch in eine andere Richtung gehen und sagen, ja genau dort werden wir mehr hinschauen und genau dort werden wir mehr investieren, in den öffentlichen Verkehr, in die Sozialpolitik, in die Integrationspolitik, nein, das machen wir nicht, was machen wir, wir konzentrieren uns auf Olympia. Danke.

GR. Hötzl:

Sehr geehrte Damen und Herren. Herr Finanzstadtrat Dr. Riegler hat vorher sehr anschaulich erklärt, wie sich die Stadt Graz im letzten Jahr finanziell entwickelt hat. Aus meiner Sicht ist diese historisch wirklich gute Entwicklung sehr erfreulich für uns alle. Dieser Rechnungsabschluss spiegelt das erste Jahr einer ÖVP-FPÖ-Koalition wider. Diese Koalition hat die Bewährungsprobe aus meiner Sicht und aus unserer Sicht bravourös bestanden. Kritik ist ok, wenn es sich herausstellt, dass man das kritisieren muss als heller Kopf oder als Gescheitester im Gemeinderat, oder ich weiß nicht, wie du dich bezeichnet hast, Michi Ehmman, solltest du schon ...

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe.

Hötzl:

Du solltest aber schon auch so weitsichtig sein und nicht sagen, dass die Stadt Graz nicht hauptverantwortlich ist für gute Konjunktur, aber es gibt schon so etwas wie eine

Standortpolitik. Ob der Wirtschaftsstandort Graz attraktiv ist für Ansiedelung, für Betriebe und wie du im Ausschuss auch gehört hast, hoffentlich hast du es auch wahrgenommen, sinnerfassend, es ist auch die Kommunalsteuer in großem Ausmaß angewachsen und dass da die Stadt Graz gar nichts dazu kann, ganz vom Tisch wischen kann man das nicht. Fakt ist auf jeden Fall für all diejenigen, die alles schlechtreden wollen, dass die Stadt Graz den Schuldenstand verringern konnte und dass bei einem sehr hohen, und der Herr Stadtrat Riegler hat gesagt, bei einem nahezu „All time high“, hohen Investitionsvolumen das getätigt wurde.

Die Verschiebungen von einem Jahr ins andere hat es immer gegeben, aber die durchgeführten Investitionen sind wirklich auf einem sehr hohen Level gewesen. Unter dem Strich kann man sagen, man hat nicht nur gespart, weil man etwas verschoben hat, sondern man hat wirklich in der Effizienz gearbeitet.

Ein Dank geht von uns natürlich auch an die Finanzdirektion, dass dieser Abschluss zu Stande gekommen ist, an den Stadtrechnungshof, dass dieser Abschluss geprüft und auch so dargestellt wurde, dass man ihn quasi auch gut lesen kann. Auch aber an die ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Abteilungen, auch aus den Beteiligungen, die letztendlich auch dafür verantwortlich sind, dass dieses Ergebnis mit dem Rückenwind der guten Konjunktur aber auch aufs Papier gebracht wurde. Aus unserer Sicht ein sehr erfreuliches Jahr für die Stadt.

GR. Ehmman:

Geschätzter Herr Vizebürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Stadtregierungen. Einen Tipp möchte ich noch mitgeben. Wenn sich der Kollege Hötzl herausstellt und sagt, ja natürlich, die Konjunkturlage, quasi auch die Standortpolitik, die kommunale Wirtschaftsentwicklung usw. Ja, natürlich auch, das steht ja außer Frage, aber ich gebe euch insofern einen Tipp mit, weil du sagst, ÖVP-FPÖ-Regierung hat das möglich gemacht. Dann würde ich euch aber tatsächlich empfehlen, auf Bundesebene massiv einzuwirken, denn wenn ihr nämlich diesen

Fehler macht und die Notstandshilfe in eine Mindestsicherung umwandelt, dann hoffe ich, nämlich auch fiskal, dass ihr bedacht habt, dass die Mindestsicherungszahlungen 60 zu 40 zwischen Land und Stadt geteilt sind. Das heißt, allein in der Steiermark kommen 45.000 NotstandshilfebezieherInnen in den Säckel der Stadt, mitzufinanzieren im Ausmaß von 40 %. Ich hoffe, dass ihr das auch mitbedacht habt bei dieser Sache. Unabhängig jetzt vom menschlichen Zugang, aber da werden sich die Zahlen gleich rapide verändern. Danke.

StR. Riegler:

Noch eine kleine Nachbemerkung, gerichtet vor allem an diejenigen, die jetzt davon sprechen, dass bei den Ärmsten gespart werden würde. Ich verweise auf Seite 10 des Stücks, wo Sie eben nach den Aufgabenbereichen eine Aufgliederung über die Jahre 2012 bis 2017 vorfinden. Da werden Sie soziale Wohlfahrt vorfinden, dass im Jahr 2012, und ich war selbst Zeitzeuge damals, im Jahr 2012 hat die soziale Wohlfahrt 212 Mio. Euro gekostet und im Jahr 2017 270 Mio. Euro. Das heißt, eine der größten Herausforderungen für die Stadtverwaltung in den letzten Jahren und Jahrzehnten war die soziale Wohlfahrt, sprich damals noch Sozialhilfe, jetzt Mindestsicherung, Pflege, Jugendwohlfahrt, die Steigerungsraten einigermaßen einzudämmen. Unter Sozialstadtrat Ehmann wurde, wie mir gesagt wurde, noch als Budgetansatz für 2017 von einer 14-%igen Steigerung der Sozialausgaben in der Mindestsicherung ausgegangen. Wir haben dann in der Budgetierung 2017, in der tatsächlichen, das dann reduziert auf eine Zuwachsrate von nur mehr 7 %. Das heißt, wir sparen, Frau Ribo, gar nichts ein, sondern ganz im Gegenteil, die Ärmsten der Armen bekommen mehr als vor einem Jahr. Wobei allerdings etwas ist, und das ist ja auch das Positive an dem System der Abteilungssparbücher, dass das, was jetzt nicht verausgabt wurde, dem Stadtrat Hohensinner bleibt auf dem Sparbuch, um gewissermaßen sozial auch in Folgejahren etwas Gutes zu tun. Ich möchte das nur richtigstellen, wenn immer wieder mit der Keule des sozialen Kahlschlags und der sozialen Kälte argumentiert wird, das ist

mitnichten so, das muss ich wirklich in Abrede stellen, sondern wir geben weit mehr aus als noch vor einigen Jahren, bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Ansonsten bitte ich um Zustimmung zu diesem Stück.

Die Punkte A bis D des Antrages wurden einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen (siehe Seite 84).

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

**6.13 Stk. 9) A10/6-033746/2014 ExpertInnenkommission Straßennamen (EKS)
Endbericht**

Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Vor vier Jahren gab es einen Beschluss des Gemeinderates für ein Screening der personenbezogenen Straßennamen in unserer Landeshauptstadt, eine Expertenkommission wurde einzusetzen, der Abschlussbericht liegt nunmehr vor. Anhand einer Geschäftsordnung, die ebenfalls der Gemeinderat hier beschlossen hat und über die dann auch der Vorsitzende dieser Kommission, Herr Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, eingesetzt wurde, wurde diese Ausarbeitung mit namhaften Persönlichkeiten, die auch aus dem Bereich der hier vertretenen Fraktionen vorgeschlagen wurden, gemacht. Von den 1700 Straßennamen und Plätze-Namen in Graz sind, erstmals wissen wir das auch so genau, fast 800 personenbezogene Bezeichnungen. Aufgrund der Bearbeitungen der Kommission konnten 625 Personenbezeichnungen sozusagen außer Diskussion gestellt werden. Das heißt, dass genau 82 Namen, also über 10 % dieser personenbezogenen Namen, auf eine Liste mit kritisch bewerteten Namen mit

Diskussionsbedarf gesetzt wurden. Davon wieder differenziert in etwa 20 „sehr problematisch“ und der Rest als „problematisch“ vorsortiert wurden. Das sind die nüchternen numerischen Bemerkungen auch zu dieser Arbeit insgesamt. Das ist jetzt weniger nüchtern, es umfasst dieser Bericht daher über 1000 Seiten. Es ist auch die Erklärung dafür, warum dieser Vorgang doch einige Zeit in Anspruch genommen hat. Wenn wir allein das Stück und die Liste, die diesem Stück beigeschlossen ist, nehmen, dann sind das fast 200 Seiten. Hier ist wirklich mit wissenschaftlicher Akribie, mit Literaturzitierung, mit wirklicher Bewertung aufgrund der vorhandenen Vorbewertungen vorgegangen worden und es ist wirklich eine sehr brauchbare und fundierte Arbeit dem Gemeinderat übermittelt worden. Diese Expertenkommission hat diesen Abschlussbericht nunmehr vorgelegt. Dieser Bericht ist auch schon in einer Pressekonferenz den Medien vorgestellt worden und ich erlaube mir, ein paar wenige Bemerkungen, insbesondere des Herrn Bürgermeisters, anlässlich dieser Pressekonferenz diesem Bericht anzufügen. Er hat auch klar zum Ausdruck gebracht, es ist sozusagen sein Stück, weil er der zuständige Referent ist, dass bei der weiteren Diskussion über dieses hier vorliegende Ergebnis der Expertenkommission auch die Bevölkerung einbezogen werden soll. Herr Bürgermeister wünscht sich auch, das ist ein legitimer Wunsch gegenüber dem Gemeinderat, eine gemeinsame, künftige Vorgangsweise. Ich darf hier nur der Vollständigkeit halber auch anfügen, dass etwa in Salzburg, wo es einen ähnlichen Vorgang gegeben hat, man sich entschlossen hat, mit Zusatztafeln zu arbeiten. Es gibt, so glaube ich, auch schon die Bereitschaft der einbezogenen Personen und HistorikerInnen, an diesen Textierungen mitzuarbeiten. Das ist ein Bericht über eine Vorgangsweise in der Landeshauptstadt Salzburg. Was die weitere Vorgangsweise betrifft, hat die ExpertInnenkommission keine Vorschläge gemacht, das war auch nicht ihre Aufgabe, sondern darüber wird der Gemeinderat zu befinden haben. Heute liegt lediglich der Abschlussbericht als Informationsbericht vor und ich ersuche den Gemeinderat, diesem Informationsbericht seine Zustimmung zu geben.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Informationsbericht über den Endbericht der EKSΝ samt Anhängen wird zur Kenntnis genommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Braunersreuther**:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuseherInnen. Ich möchte mich an dieser Stelle hauptsächlich für diesen Bericht bedanken, der für uns alle im Ausschuss, die ihn gesehen haben, wirklich sehr überraschend war, weil er von einer unglaublichen Qualität und Tiefe ist. Deshalb wirklich, wie bereits gesagt wurde, die Bearbeitungszeit nicht übertrieben war. Diese Leistung war wirklich eine enorme. Für uns alle war auch überraschend, wie viele Straßennamen als bedenklich eingestuft wurden. Für mich persönlich war es auch ein wenig schockierend, denn es wurden wesentlich mehr Namen als bedenklich eingestuft als Straßen nach Frauen benannt sind in der Stadt Graz. Wir hoffen nun, dass dieser Bericht auch Folgen zeigt. Dass der jetzt nicht nur fürs Papier ist, sondern dass auch gehandelt wird. Wie auch immer, ich möchte nicht vorwegnehmen, wie damit umgegangen wird, aber wichtig ist es, dass die Stadt Graz gerade in diesem Gedenkjahr 2018 ein Zeichen setzt, dass sie bereit ist, mit ihrer Vergangenheit umzugehen, zu ihrer Vergangenheit zu stehen und auch jetzt aus der Gegenwart, aus der man die Vergangenheit kritisch betrachten kann, da zu handeln. Was ich noch hinzufügen möchte, dass ich mich freue über die Zusage, die im Ausschuss schon getätigt wurde, es sind ja nicht nur Straßen und Plätze nach zu kritisierenden Personen benannt, sondern es gibt auch eine Menge Denkmäler, die überprüft werden sollten, Gedenktafeln, die einfach noch hängen, ohne jemals überprüft worden zu sein auf z. B. Aussichtswarten. Vielen Dank für die zumindest jetzt einmal mündliche Zusage, dass auch das weiter überprüft werden soll und ich hoffe, dass auch da im Anschluss gehandelt wird.

GR. Mag. **Sippel:**

„Hoher Gemeinderat, habt's keine anderen Sorgen? Dachte, nur Wiener Politiker haben einen Klopfer.“ Das ist kurz zusammengefasst das, was an Reaktionen seitens der Bevölkerung kommt. Ich habe noch viele weitere Kommentare auch aus diversen Foren aus den sozialen Netzen. Es ist auf der Hand liegend, auch für uns, dass die Mehrheit, die überwiegende Mehrheit der Bürger das ablehnt. Grund genug für uns Freiheitlichen, wissen Sie, Umbenennungen haben immer auch etwas Totalitäres an sich. Wir haben bei dieser würdigen Sitzung „80 Jahre Anschluss“ auch vorgelegt bekommen das Amtsblatt durch den Herrn Bürgermeister. Wissen Sie, was eine der ersten Maßnahmen der Nationalsozialisten war, als sie in Graz an die Macht gekommen sind? Sie haben den Hauptplatz in Adolf-Hitler-Platz umbenannt und wenn wir uns anschauen, auch die Kommunisten, überall dort, wo sie an die Macht kommen, wird sofort auch umbenannt, sie betreiben es auch beharrlich, um ihre Helden auch auf die Straßen und Plätze zu bekommen. Insofern verständlich, dass man jetzt überall versucht, in Voitsberg, in Leoben, da mit der Umbenennung zu kommen. Wenn man heute durch den Osten der Bundesrepublik Deutschland schreitet, dann wird man sehr viele, auch aus der DDR Zeit, Straßennamen sehen. Es gibt dort sehr viele Rosa-Luxemburg-Straßen, es gibt dort sehr viele Ernst-Thälmann-Straßen und ich finde das gut, dass es das auch gibt. Ich bin dagegen, dass es umbenannt wird, weil das auch ein Zeichen aus der Vergangenheit ist, zu der man, auch wenn es viele Schattenseiten in der Vergangenheit gibt, aber dann doch irgendwo stehen sollte. Das Kostenargument ist natürlich auch etwas, das hat ja die Wirtschaftskammer 2014 untersucht, was die Umbenennung der Conrad-von-Hötzendorfstraße kosten würde und zwar für die Wirtschaftsbetriebe. Es sind ja dort 135 Wirtschaftsbetriebe ansässig, da reden wir von Kosten von 560.000 €. Das sind noch nicht die volkswirtschaftlichen Kosten, die dann insgesamt für alle Bürger, die dort wohnen, entstehen. Das sind nämlich auch fast 2 Mio. €.

Unsere Haltung ist klar, keine Umbenennungen und auch keine Zusatztafeln, weil Zusatztafeln bringen nämlich auch Komplikationen mit sich. Das fängt bei der Textierung an, wo bringen wir sie an, die Conrad-von-Hötzendorf-Straße 2,5 km lang,

mit vielen Straßenschildern. Jetzt bei jedem Schild eine Zusatztafel? Das ist eine Diskussion, die wir uns alle, so glaube ich, ersparen wollen. Was mich an diesem Bericht schon stört, ist auch, dass da nur der Fokus auf das Negative gerichtet ist und wenn man wirklich den Martin Luther als problematisch hernimmt, dann ist das wirklich absurd. Wir haben letztes Jahr 500 Jahre „Beginn der Reformation“ gefeiert und jetzt sollen wir beginnen, über die Person Martin Luther zu diskutieren? Natürlich, vor 500 Jahren war das ein anderer Kontext, natürlich gibt es auch antisemitische Schriften von einem Martin Luther, das ist ja völlig klar. Nur hier jetzt dieses wichtige Reformationswerk ausgehend davon in Frage zu stellen, das kann es wirklich nicht sein. Ich frage mich hier, wollen wir 500 Jahre nach den Thesen, Anschlag in Wittenberg, jetzt eine Zusatztafel, Anschlag auf alle evangelischen Kirchen machen? Ist das wirklich das, was wir wollen? Ich sage, Graz braucht einen sehr selbstbewussten Umgang mit seiner Geschichte. Die Geschichte von Graz ist großartig, natürlich gibt es, wie überall, auch Schattenseiten, das ist klar, das gehört aufgearbeitet, das gehört dokumentiert, dafür sind die Historiker da. Ich bin beides, ich bin Politiker und auch Historiker, als Historiker lege ich den Blick ganz gerne in die Vergangenheit und schau mir das an und versuche, das auch objektiv zu verifizieren. Als Politiker ist mein Blick dann doch in die Zukunft gerichtet, so sollten wir das alle handhaben. Stehen wir selbstbewusst auch zu unserer Geschichte und lassen wir die Vergangenheit Vergangenheit sein.

GRⁱⁿ **Wutte**, MA:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörer, liebe Zuhörerinnen. Zuerst möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken für die sorgfältige und wirklich detailliert und toll recherchierte Arbeit der HistorikerInnenkommission. Ich möchte, wie auch die Kollegin Braunersreuther, dafür plädieren, dass es eben sehr wichtig ist, dass wir jetzt eine wirklich seriöse und verantwortungsvolle Debatte zu diesem Thema führen. Dass wir uns Zeit nehmen und sorgfältig verschiedenste Möglichkeiten prüfen, die im Raum stehen. Was ich nicht gut finde ist, von vornherein bestimmte Möglichkeiten

auszuschließen. Ich denke auch, wir sollten uns wirklich fragen, ob bei so einem sensiblen Thema wie historisch hoch belastete Straßennamen die Kostenfrage das Ausschlaggebende ist. Natürlich muss man auch später über Kosten diskutieren, aber es soll nicht mit einem Kostenargument gleich etwas ausgeschlossen werden.

Ein paar inhaltliche Anmerkungen zum Thema Umbenennungen. Ich möchte mich da jetzt nicht festlegen drauf, dass es Umbenennungen geben muss, ich meine nur, es ist sicher der falsche Zugang, das von Anfang an auszuschließen. Namen von Straßen haben eine hohe symbolische Bedeutung. Sie stellen eine Art von Denkmal für die Personen dar, nach denen benannt wird und sie repräsentieren ein Stück die Werte, für die eine Stadt steht. Außerdem gab es ja auch in jüngster Zeit immer wieder Umbenennungen, das ist nichts, wie Kollege Sippel behauptet, das nur in totalitären Regimen passiert, sondern in letzter Zeit sind sehr oft Straßen umbenannt worden. Es gab auch immer wieder erfolgreiche BürgerInnenbeteiligungsprozesse, die einfach zu einer großen Akzeptanz geführt haben von den Umbenennungen. Auch in der Steiermark sind unlängst Straßen umbenannt worden. Zum Beispiel die Kernstockgasse in Mürzzuschlag oder auch in Gleisdorf eine Straße.

Was ich auch noch gerne inhaltlich anmerken möchte: Die frühere Gemeinderätin Daniela Grabe, wie die meisten von euch wissen, das war ihr ein sehr großes Anliegen und ein Thema, mit dem sie sich intensiv beschäftigt hat und sie hat auch wirklich gründlich dazu recherchiert, was man als Stadt machen könnte, um anfallende Kosten und anfallende Hürden zu erleichtern für die BürgerInnen. Da gibt es ja verschiedenste Möglichkeiten. Man kann Übergangsfristen für die Postzustellung schaffen, man kann teilweise Kosten übernehmen für den Eintrag im Firmenregister, es gibt einfach viele Möglichkeiten und ich finde, das kann man sich alles in Ruhe ansehen, bevor man etwas ausschließt.

Jetzt möchte ich ein wenig anmerken zu Ihren Aussagen, Kollege Sippel. Ich habe gehofft, dass die Zusatztafeln so etwas sind wie ein kleinster gemeinsamer Nenner, auf den sich hier alle Fraktionen einigen könnten und vor einiger Zeit war das noch Ihre Aussage. Dass Sie jetzt sogar von den Zusatztafeln weggehen und mit unglaublichen

Aussagen die Verbrechen von Menschen und die Haltungen von Menschen, nach denen Straßen benannt sind in Graz, hier verharmlosen, finde ich furchtbar.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist doch nicht passiert!

Wutte:

Ich finde es im Gedenkjahr 2018 furchtbar und ich finde für eine Partei, die da in Graz in einer Koalition ist, die in Regierungsverantwortung ist in einer Menschenrechtsstadt, absolut unangemessen und ich möchte wirklich an die ÖVP herantreten, dass sie da mäßigend auf ihren Koalitionspartner einwirken. *(Appl. SPÖ, KPÖ und Grüne)*

Ich möchte Sie auch noch einmal zitieren. Auf Ihrer Homepage steht: „Ich möchte jedem Grazer raten, testamentarisch zu untersagen, dass eine Straße nach ihm benannt wird, weil, wer weiß schon, wie spätere Generationen unser Handeln später beurteilen werden.“ Das geht doch völlig vorbei an dem, worum es da geht. Es haben jetzt nicht irgendwelche Menschen darüber nachgedacht, wer jetzt vielleicht problematisch sein könnte, sondern eine ExpertInnenkommission hat über Jahre detailliert recherchiert, welche Menschen hier historisch belastet sind. Hier so zu tun, als ob das einfach Nichtigkeiten wären, ist unverschämt und ich finde es persönlich sehr erschreckend und wir müssen da gemeinsam als Gemeinderat dagegenhalten, denn solche Haltungen wollen wir nicht mehr.

GR. Sippel zur Klarstellung:

Frau Kollegin, ich verwehre mich gegen diese Behauptung, dass ich da irgendetwas verharmlost hätte. Das möchte ich hier schon einmal anbringen. Ich habe lediglich gezeigt, wie das auch in anderen Ländern, in anderen Städten und in der Vergangenheit gehandhabt wird mit der Straßenumbenennung und ich glaube, wir

sollten uns zu unserer Geschichte bekennen. Auch wenn sie nicht immer schön war, aber sie einfach auszuradieren, das ist aus unserer Sicht nicht der richtige Zugang und zu dem stehen wir auch. Was die Zusatztafeln betrifft, da habe ich einfach angemerkt, dass das etwas ist, das mehr Komplikationen und Verwaltungsaufwand schafft, aber ich kann Ihnen sogar eine Idee hier unterbreiten, was hier auch noch nicht angedacht wurde, dass man auf der Webseite der Stadt Graz beispielsweise, es gibt ein tolles Werk vom Prof. Kubinzky über die gesamten Straßennamen oder auch das, was als Ergebnis von diesem Bericht hier vorliegt, dass man das auf der Webseite veröffentlicht, damit jeder Grazer Bürger dort einsehen kann und sich die Informationen beschaffen kann, er zu den Informationen dieser historischen Persönlichkeiten kommt. Eine weitere Idee, aber ich glaube, Sie dürfen uns schon zugestehen, dass wir diese Meinung haben und da sind wir, wie man sieht, wenn Sie sich auch ein wenig in diversen Foren umhören, dann sind wir da mit einer absoluten Mehrheitsmeinung ausgestattet. Die Bevölkerung, auch die Kronen Zeitung hat darüber berichtet, wenn Sie dort die Kommentare durchlesen, die darunter stehen, das bestärkt uns in unserer Meinung, sensibel mit der Geschichte umzugehen, keine Frage, aber hier sie einfach auszuradieren, das kommt für uns Freiheitliche nicht in Frage.

GR. Ehmman:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Kollegen in der Stadtregierung, geschätzte KollegInnen auf der Zusehergalerie. Zu Beginn möchte ich mich einmal bei der HistorikerInnenkommission bedanken, die hier wirklich ein großartiges Werk in jahrelanger, mühsamer, akribischer Arbeit zusammengefasst hat, um uns als Politik letztendlich eine Grundlage bieten zu können, um hier Entscheidungen treffen zu können. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, keine einfache Sache. Ich glaube auch, es wird nicht ganz einfach sein dann in der Aufarbeitung. Ich denke aber, dass die Aufarbeitung absolut notwendig ist und eben nicht zu

verharmlosen ist, sowieso nicht. Das sehe ich so, aber ich glaube, es gibt hier unterschiedlichste Zugänge, so wie heute schon einige hier angesprochen wurden und ein Zugang, eine Form der Aufarbeitung, also der erste Schritt sollte meiner Meinung nach auf jeden Fall sein, die betroffene Bevölkerung zu informieren und zwar umfassend. Das heißt, jene von belasteten Straßennamen auf jeden Fall einmal darauf anzusprechen und zu informieren, ob sie überhaupt wissen, um was es hier geht. Viele beschäftigen sich vielleicht gar nicht damit, dass sie einmal damit konfrontiert werden, was heißt das in dieser Gasse oder was hat es mit dem Namen, mit der Historie, mit der Vergangenheit hier auf sich. Ich glaube nämlich nicht, dass sich jeder damit wirklich auseinandersetzt. Das ist klar, nicht jeder hat Abos. Bei der Krone haben wir gehört, dass es das Referenzblatt für die Vergangenheitsbewältigung ist. In Wahrheit müsste man sich das ansehen und jene Bewohnerinnen und Bewohner auf jeden Fall einmal informieren. Ich glaube, dass das wirklich ein erster Schritt wäre auch im Zusammenhang mit TeilnehmerInnen der HistorikerInnenkommission, das wäre auch ein guter Schritt.

Ich denke, das ist eine gewisse Bringschuld der Stadt. Ein zweiter Schritt wäre auch dann die Ausarbeitung bzw. historisch vertretbare Erklärungen zu den HistorikerInnenkommissionen als belastende erkannte Namen, und die jetzt ohne zu beschönigen oder zu verschweigen. Nehmen wir die Zusatztafeln her, ich denke an die Kernstockgasse, da gibt es eine Zusatztafel, die ist aber eher weniger geeignet. Ich denke, wir sollten schon hier herantreten und vielleicht eher von Denkmäler zu Mahnmalen kommen. Das heißt, dass man wirklich erkennt oder in der Aufarbeitung der Gasse dort erkennt vor Ort, dass es auch entsprechend angebracht wurde, dass man sieht, was ist dort wirklich passiert, was hat es damit auf sich. Ich glaube, das kann durchaus in einer Ausschreibung enden. In einer künstlerischen Aufarbeitung zum Beispiel, wo man eine Jury beauftragt, Künstlerinnen und Künstler anzusprechen, um sie entsprechend mit dieser Aufarbeitung zu betrauen, um dann entsprechende Projekte in den entsprechenden Gassen stattfinden zu lassen. Mit Hintergrunderklärungen entsprechend und vieles mehr. Ich glaube, das können umfassende Lösungsansätze sein, ich glaube, das ist in aller Ruhe zu diskutieren, da bin

ich auch dabei, dass ich sage, da darf man nichts über den Zaun brechen. Es ist ja auch nicht von heute auf morgen entstanden dieses umfassende Werk von Expertinnen und Experten und da muss es eine gute politische Diskussion geben und dann in weiterer Folge aber trotzdem BürgerInnen und Bürger mitnehmen, denn sonst wird es etwas schwierig, wenn man die BürgerInnen auf der Seite lässt und hier im Alleingang Entscheidungen trifft. Ich denke, das wäre auch nicht sehr sinnvoll. Inwieweit es dann bis zu Befragungen gehen soll und kann, ich denke dieser Prozess ist offen, da, so glaube ich, gehört einfach gut diskutiert drüber und ich denke, wir werden da gemeinsam gute Lösungswege und Ansätze finden. Danke.

GR. Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Ich möchte mit einem Zitat der „Ärzte“ beginnen. „Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist, es wäre nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Aufgrund des ExpertInnenkommissionsberichts, der uns hier vorliegt, für den ich mich auch bedanken möchte, für diese fundierte und ausführliche Arbeit, ist uns spätestens allen hoffentlich bewusst, dass es in Graz schwer belastete Namen gibt und ich glaube, wir sind als Stadt dazu verpflichtet, dass wir hier auch reagieren. Ich kann mir da gut vorstellen, dass wir Zusatztafeln anbringen mit kleinen Beschreibungen, aber das Problem ist, so eine kleine Zusatztafel reicht wahrscheinlich nicht aus, weil sie nicht die ganze Geschichte dieser Person erzählt. Mein Vorschlag wäre, wie es auch schon der Herr Sippel vor mir erwähnt hat, dass man auf der Stadt-Graz-Homepage zusätzlich noch einen Bereich einführt, wo all diese belastenden Straßennamen auch aufgelistet sind. Dann hätten wir eine kurze Beschreibung vor Ort und eine große Beschreibung für jeden, der sich weiter vertiefen will im Internet. Damit sind wir sicher in die richtige Richtung unterwegs. Natürlich gibt es da jetzt diese 20 ganz kritisch belasteten Namen und da bin ich der Meinung, dass der Vorschlag der Bürgerbeteiligung der richtige ist. Solche Umbenennungen von

Straßen sind immer auch mit Kosten verbunden, die bei den Bürgerinnen und Bürgern sitzen bleiben. Man muss die ganzen Daten ändern lassen, die ganzen Unternehmen müssen ihre kompletten Visitenkarten neu drucken lassen, sie müssen ihre Briefköpfe neu drucken lassen etc. Ich denke, dass deswegen die Entscheidung bei solchen Kosten auch am Schluss bei den Bürgern liegen sollte und unterstütze daher jede Bewegung in Richtung BürgerInnenbeteiligung. Danke.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Herr Klubobmann Sippel, lieber Armin. Ich möchte mich den Worten der Kollegin Manuela Wutte anschließen. Sie hat nämlich in deine Richtung von Verharmlosung gesprochen und ich darf das noch einmal aufgreifen. Du bist ja zu einer zweiten Wortmeldung herausgekommen. Man darf über die erste betrübt sein und zwar deshalb, du hast in der ersten Wortmeldung gesagt, Graz hat eine großartige Geschichte, ohne etwas einzuschränken.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Das stimmt nicht!*

Heinrichs: Moment, jetzt bin ich am Wort. Du darfst mir jetzt zuhören, jetzt bin ich am Wort. Du hast in der ersten Wortmeldung gesagt, Graz hat eine großartige Geschichte hinter sich und außerdem, es sollen keine Veränderungen vorgenommen werden nach der Arbeit dieser HistorikerInnenkommission.

Bei deiner letzten Klarstellung hast du gesagt, man muss auch zu seiner Geschichte stehen und darum meine ich, mit aller Ruhe und Höflichkeit in deine Richtung, gerade an dich als Historiker folgendes Ersuchen richten zu dürfen: Zur Geschichte stehen, heißt auch, sie aufarbeiten und zwar nach dem Papier dieser umfangreichen Arbeit der HistorikerInnenkommission. Danke für die Aufmerksamkeit.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Es gibt ja die Möglichkeit alles Gesagte bzw. alle Aussagen aus dem Protokoll heraus zu betrachten, zu lesen und auch auf die Wahrheit zu überprüfen, die gesagt wurden oder auch nicht.

GR. Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zuallererst möchte ich mich bei fast allen Fraktionen dafür bedanken, dass wir hier

Türen nicht zugemacht haben, dass wir an der Weiterarbeit scheinbar interessiert sind

und in einer guten, gemeinsamen Diskussionskultur auf Vorschlag, ich nehme an, des

Kulturamtes bzw. auch des Vermessungsamtes hier weiter vorgehen können. Gerade

heuer im Gedenkjahr wäre das ganz wichtig und genau deswegen bin ich auch nicht

nur enttäuscht, sondern wirklich angewidert, dass eine Partei von Ende März, als das

präsentiert wurde, wo sie sich schon komplett eingegraben hat und heute noch über

ein Video des Herrn Sippel festlegt, dass es auch keine Zusatztafeln geben darf,

sondern eben auf der Web-Seite der Stadt Graz das Ganze mehr oder weniger

be/vergraben werden soll. Das ist wirklich enttäuschend, dass man sich 2018 hinstellt

und nicht einmal Zusatzerklärungen zulässt. Für mich stellt sich jetzt die Frage, wie tun

die konstruktiven Kräfte hier im Hause weiter, es gibt verschiedene Interessen, das ist

ganz klar, es gibt Bedenken, es gibt die Bedürfnisse von BürgerInnen von Unternehmen

und es gibt natürlich unsere Verantwortung unserer Geschichte gegenüber und auch

der Zukunft gegenüber, denn auch wir und das, was hier passiert, wird einmal

Geschichte sein. Wenn nichts passiert, ist es auch kein gutes Zeichen für Geschichte,

dann ist es wieder etwas, was Graz nicht als großartigen Teil seiner Geschichte

festlegen kann. Ich weiß, dass es von Wirtschaftsseite, Wirtschaftskammer usw.

Befürchtungen bezüglich der Zusatzkosten gibt. Der Niko Swatek hat ein Stück weit

darauf hingewiesen. Ich glaube, das muss man einfach ausgleichen, da muss man einen

Weg finden. Ob es dann eine Umbenennung sein kann, ob das Zusatztafeln sein

können, was auch immer. Es muss Wege geben, es muss auch die dementsprechende öffentliche Unterstützung geben und, wie gesagt, auch die Beteiligung geben. Ich glaube, die Schwarmintelligenz ist da ja auch nicht ganz ohne Hilfe unter Umständen. Ich möchte darauf hinweisen, lieber Peter Piffl-Percevic, ja es gibt Städte, die haben mit Zusatztafeln gearbeitet. Manuela Wutte hat schon gesagt, dass es andere gibt, die Namen geändert haben. Wien hat den Dr.-Karl-Lueger-Ring, eine sehr prominente Adresse, geändert. Auch die Stadt Klagenfurt hat etwa einen Physiknobelpreisträger Philipp Lenard, 2008, Prof. Porsche etc., vier Straßen wurden umgeändert. Es gibt andere Beispiele, ich will damit nur sagen, es gibt Möglichkeiten, die dahingehend etwas zulassen. Der Kollege Klubobmann Sippel ist scheinbar sehr emotional, was das Thema betrifft. Das hat er heute bewiesen, das hat er aber auch schon in der Presseaussendung der FPÖ am 29. März bewiesen und ich distanzieren mich davon, dass ein Mitglied des Grazer Gemeinderates einen der prominentesten Historiker Österreichs, den Stefan Karner, der diese Kommission, diese ExpertInnenkommission angeleitet hat und angeführt hat, als jemanden darstellt, der angeblich „wissenschaftliche Absurditäten“, Zitat aus der Kleinen Zeitung und auch nachzulesen auf der FPÖ-Homepage, produziert habe. Dazu vermischt du, Armin Sippel, alles. Martin Luther bis zum Klöpfer, es wird einfach alles in einen Topf geschmissen. Es wird zwischen den 80 belasteten und den 20 davon sehr belasteten einfach kein Unterschied gemacht, deine Presseaussendung ist bis hin zu dem, dass du Menschen abrätst, sich so zu verhalten, dass man eine Straße nach ihnen benennt, eine Schande. Schlussendlich weißt du nicht einmal, was euer Klub vor ein paar Monaten getan hat. Du behauptest, es stört dich nicht, wenn eine Straße, Rosa Luxemburg als Namensträgerin hat, oder ein Platz oder was auch immer. Warum habt ihr dann im November gegen den Maria-Cäsar-Park gestimmt? Das ist auch ein Teil der Grazer Geschichte und sicher nicht der am wenigsten großartige. (*Appl. Grüne + KPÖ + SPÖ*)

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich Peter Piffel-Percevic fragen, ob du ein Schlusswort möchtest? Das möchtest du nicht, dann kommen wir zur Abstimmung über dieses Stück. Wer für die Annahme dieses Informationsberichtes ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich muss noch einmal zurückspringen zu Punkt Nr. 2. Frau Dr. Zwanzger hat erklärt, dass die Punkte A bis D Unterpunkte sind und der Rechnungsabschluss 2017 der Hauptpunkt ist, daher müssen wir über diesen Hauptpunkt noch einmal abstimmen, das war auch der Grund, warum Klubobmann Eber eben eine Einzelabstimmung haben wollte über die Unterpunkte. Jetzt komme ich zu dieser Abstimmung über den Rechnungsabschluss 2017 und bitte die Fürstimmten um ein Zeichen mit der Hand.

Der Tagesordnungspunkt 2 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

(Seite 60-71)

Berichterstatter: GR. DI. Topf

**6.14 Stk. 11) A23-017843/2018-0001 **Energiemasterplan Graz (ehemals
Kommunales Energie- und
Klimaschutzkonzept Graz 2020 - KEK Graz
2020) Zwischenbericht 2018****

Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich darf berichten über den Energiemasterplan Graz, ein Zwischenbericht 2018. Vielleicht ganz kurz zur Geschichte: 2008 wurde das Kommunale Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020 im Grundsatz im Gemeinderat von Graz beschlossen. 2011 wurde dazu ein umfassender Maßnahmenplan beschlossen und seither eine Reihe beispielgebender Projekte und Vorhaben bereits umgesetzt. Aufgrund der Namensgleichheit, und das ist der springende Punkt, des Kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes Graz 2020 und der Kurzbezeichnung KEK Graz 2020 und dem Kommunalen Energiekonzept, KEK, gemäß § 22 des Stmk. Raumordnungsgesetzes wurde das KEK 2020 nunmehr, und das halte ich für sehr sinnvoll, in der Bezeichnung in Energiemasterplan Graz umbenannt. Ganz kurz zu den Handlungsfeldern, die ausführlich auch im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diskutiert wurden, mit der Vorsitzenden Frau Mag. Schleicher, auch einstimmig hier angenommen wurden.

Handlungsfeld Nr. 1: Energieeffizienz in städtischen Gebäuden und Anlagen. Ganz kurz, was ist damit gemeint? Die Stadt Graz nimmt durch Setzung von Maßnahmen im eigenen Bereich eine Vorbildfunktion ein, um weitere Akteurinnen und Akteure zu engagierten Maßnahmen im Bereich Energie und Klimaschutz zu motivieren. Hier waren die wesentlichen Erfolge angeführt und darauf können wir in der Stadt Graz durchaus stolz sein.

Im Handlungsfeld 2 geht es um den Ausbau der Fernwärme und der Solarenergie. Fernwärme und Solarenergie sind Energieträger ohne Vorortemissionen und stellen für den Raum Graz vor allem unter Bedacht der Luftgütesituation eine geeignete

Versorgungsoption dar. Durch den zunehmenden Anteil von Alternativenergie im Grazer Fernwärmesystem wird das Produkt dann ökologisch und ökonomisch an Attraktivität gewinnen. Auch hier wesentliche Erfolge angeführt, bitte im ausführlichen Bericht nachzulesen.

Handlungsfeld 3: Energieeffizienz in Wohngebäuden, Haushalten und Betrieben. Durch verschiedene Maßnahmenprogramme werden GebäudeinhaberInnen, BewohnerInnen und Betriebe in Graz zu energieeffizientem Handeln und Klimaschutzmaßnahmen motiviert bzw. die Rahmenbedingungen dafür seitens der Stadt Graz verbessert. Auch hier wieder punktuell aufgeführt die wesentlichen Erfolge.

Das Handlungsfeld 4 sind Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Mobilität. Die Stadt Graz ist aus verkehrstechnischen, umwelttechnischen und gesundheitlichen Gründen aufgefordert, entsprechende Maßnahmen im städtischen Wirkungsbereich zur Verbesserung der Mobilität zu setzen, um zukünftigen Strafzahlungen, die durchaus im Raum stehen könnten durch Überschreitung, zu entgehen. Das Thema Mobilität liegt im Zuständigkeitsbereich der Abteilung für Verkehrsplanung, jedoch können auch andere Dienststellen der Stadt Graz durch eigene Vorbildwirkung oder verschiedene Maßnahmen zu einer Verbreitung von Klimaschutz und schonender Mobilitätsformen in Graz beitragen. Auch hier wesentliche Erfolge angeführt.

Ganz kurz noch zum Ausblick. Hier ist ein wesentlicher Punkt, der mir besonders in der Diktion gefällt, nämlich Energieraumplanung. Eine integrierte Energieraumplanung für Graz soll entwickelt werden. Förderung insbesondere zur energieeffizientem ökologischen Handeln, die Wärmeversorgung, auch das wurde schon mehrfach angesprochen. Der Ausstieg aus der fossilen Wärmebereitstellung im Grazer Fernwärmesystemnetz. Bewusstseinsbildung im Bereich der Mobilität, Treibhausgasbudget, hier ein Beitrag, um den Zielen der Klimakonferenz von Paris entsprechend entgegenzukommen. Auch der Energiemasterplan 20 plus wurde hier angesprochen.

Zusammenfassung ganz kurz. Im Rahmen des Energiemasterplans Graz konnten zahlreiche Aktionen geplant und gestartet werden. Nur durch die aktive

Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure kann die Stadt Graz diesen zukunftsweisenden Weg weiter erfolgreich bestreiten.

Im Ausschuss, wie gesagt, einstimmig angenommen und ich darf daher den Antrag stellen,

1. der vorliegende Zwischenbericht als Information zu den Arbeiten in den vier Handlungsfeldern und als Überblick über wichtige bisher gesetzte Maßnahmen im Rahmen des Energiemasterplan Graz, die neue Bezeichnung, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die geplanten Maßnahmen bzw. Maßnahmen in Umsetzung in den Handlungsfeldern, die ich beschrieben habe, 1 bis 4, werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichtes weiter verfolgt, wobei das Umweltamt als Schnittstelle innerhalb des Magistrates bzw. des Hauses Graz agiert. Auch hier noch einmal ein Dank an das Umweltamt.
3. Die abteilungs- und beteiligungsübergreifenden Ziele und Maßnahmen sind weiterhin im Rahmen neuer Trends und Erkenntnisse gültig und als erforderliche Aufgabenstellung im Sinne von Energieeffizienz und Klimaschutz von allen Ämtern, Beteiligungen und AkteurInnen der Stadt Graz ergebnisorientiert zu verfolgen.

Ich bitte um Annahme dieses Zwischenberichtes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorliegende Zwischenbericht als Information zu den Arbeiten in den vier Handlungsfeldern und als Überblick über wichtige bisher gesetzte Maßnahmen im Rahmen des Energiemasterplan Graz wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die geplanten Maßnahmen bzw. Maßnahmen in Umsetzung in den Handlungsfeldern 1 bis 4 werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichts weiter verfolgt, wobei das Umweltamt als Schnittstelle innerhalb des Magistrates bzw. des Hauses Graz agiert.
3. Die abteilungs- und beteiligungsübergreifenden Ziele und Maßnahmen sind weiterhin im Rahmen neuer Trends und Erkenntnisse gültig und als erforderliche

Aufgabenstellung im Sinne von Energieeffizienz und Klimaschutz von allen Ämtern, Beteiligungen und AkteurInnen der Stadt Graz ergebnisorientiert zu verfolgen.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kollege. Ich danke dir, lieber Georg Topf, für deine wie immer sehr versierte Zusammenfassung dieses halbwegs umfassenden Stückes, das wir da im Ausschuss gehabt haben. Vielen Dank. Mein Dank ergeht seitens der KPÖ auch an das Umweltamt, Herr Dr. Prutsch ist heute hier. Wir bedanken und vielmals für die großartige Arbeit, die Sie im Laufe der Zeit und in der letzten Zeit wieder geleistet haben. Danke an Sie und an Ihr Team. Der besagte Energiemasterplan umfasst, wie wir gerade gehört haben, vier Handlungsfelder. Handlungsfeld zwei heißt auch Ausbau der Fernwärme, die unter anderem auch aus Solarenergie gewonnen wird. Im Gesamtkonzept ist vorgesehen, dass Graz, kurz gesagt, Solarhauptstadt werden soll (Peaksolar), vielleicht müsste man da im Detail über dieses Projekt noch diskutieren. Den Techniken der erneuerbaren Energie stehen wir jedenfalls grundsätzlich positiv gegenüber. Letztlich muss es uns dann aber um die Frage nach der Tarifgestaltung gehen und das ist der Grund, warum ich mich zu Wort melde. Dazu ein paar Gedanken.

Ist man nämlich Nutzer von z. B. Solartechnik ist man also Miterzeuger von Energie. So wird es für einen als Stromkunden als Vertragspartner interessant sein, zu welchen Konditionen man sich ans Netz anschließen kann. Was bekommt man für erzeugte Stromüberschüsse? Förderungen erstrecken sich über welchen Zeitraum? Bei abgeschlossenen Verträgen ist man an Tarife gebunden, die sich aber, wie wir wissen, aber laufend ändern können. Ich will damit nur fürs Protokoll sagen, dass, was die Fernwärmepreisgestaltung angeht, wir jedenfalls unbedingt sozial verträgliche Preise bei Fernwärme sichergestellt haben wollen. Danke für die Aufmerksamkeit.

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

Sehr geehrte Gäste auf der Galerie, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Gemeinderat Georg Topf. Ich möchte mich dem Dank anschließen, der hier schon im Vorfeld ausgesprochen wurde, gegenüber allen Beteiligten, die es möglich gemacht haben, dass wir diese Strategie vorliegen haben, dass wir sie beharrlich verfolgt haben, dass es jetzt diesen Zwischenbericht gibt. Federführend mein Dank hier an dieser Stelle auch an das Umweltamt und an alle Abteilungen, die bei der Koordination beteiligt gewesen sind. Aber auch insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss, die über die Jahre hinweg hier intensiv gemeinsam an diesem Stück gearbeitet haben, an der Strategie gearbeitet haben, an der Zielerreichung und Zielausarbeitung gearbeitet haben und hier einfach gezeigt haben, dass wir in der Stadt Graz Partnerinnen und Partner sein können und auch sind, denn wir haben diese Ergebnisse hier vorliegen. Wenn es darum geht, die Klimaschutzziele zu erreichen, und hier möchte ich noch einmal betonen an dieser Stelle, weil ja schon einmal in Frage gestellt wurde, wir können und müssen sehr wohl hier in der Stadt Graz unseren Beitrag zur Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens leisten und da geht es nicht einfach nur darum, dass es ein Zettel ist, der irgendwo unterschrieben wurde, sondern da geht es darum, dass es Auswirkungen auf Umwelt, auf Mensch und auf Natur und auf unser ganzes Lebensumfeld haben wird und deswegen freut es mich, was wir diesem Zwischenbericht entnehmen können. Ich möchte noch ein paar Zahlen nennen, durch die Maßnahmen des jetzt so benannten Energiemasterplans in den letzten Jahren 200.000 Tonnen Co² einsparen konnten im Bereich der Zuständigkeit, die in diesem Energiemasterplan festgehalten ist. Den Großteil davon macht der Fernwärmeausbau und die Ökologisierung der Fernwärme aus, das sind 175.000 Tonnen Co², die wir jährlich einsparen. Seit 2015 kauft das Haus Graz nur mehr atomstromfreien und Co²-freien Strom ein. Wir haben im Haus Graz selbst, weil wir ja mit gutem Beispiel vorangehen wollen, Energieeinsparungen von 3 %. Die Umweltförderungen machen natürlich auch einen wichtigen Anteil aus. Aber auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Ich denke an das Projekt „Energiesparen macht Schule“, ein Projekt gemeinsam mit dem ABI, danke auch dafür Kurt Hohensinner und

auch mit der GBG, oder andere kleinere Projekte, die wir bewusstseinsbildend mit jungen Menschen, aber auch mit dem Rest der Grazer Bevölkerung vornehmen. In diesem Sinne möchte ich einfach daran appellieren. Georg Topf hat es in der Berichterstattung gesagt, es gibt einen Ausblick und es gibt noch vieles zu tun, denn was dieser Bericht auch zeigt, ist, dass das Treibhausgasbudget, das wir in Graz noch zur Verfügung haben für die nächsten 30 Jahre, dass das aufgebraucht ist innerhalb der nächsten 10 Jahre, wenn wir auch schon inklusive dieser sehr guten Einsparungen, die wir hier leisten können, wenn wir hier weiter machen wie bisher. Das heißt, es wird notwendig sein, dass wir unsere Anstrengungen intensivieren, dass wir unsere Zusammenarbeit verbessern, dass wir uns weiterhin an einen Tisch setzen und über konkrete zusätzlich Maßnahmen nachdenken. Wir werden im Herbst eine konkrete Aufstellung dieses Treibhausgasbudgets zur Verfügung haben, da läuft gerade eine Zusammenarbeit mit der Universität Graz und wenn diese Zahlen dann da sind, dann freue ich mich schon darauf, dass wir in Fortsetzung der guten Zusammenarbeit, die es hier in den letzten Jahren gegeben hat, auch diesbezüglich, was die weiteren Maßnahmen und konkreten Schritte mit dem Umweltamt, einen weiteren Plan ausarbeiten werden und appelliere hier noch einmal an die Zusammenarbeit aller und auch an die ressortübergreifende Verantwortung, die wir hier einfach haben.

Herzlichen Dank.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Ja, ich möchte mich auch ganz herzlich beim Umweltamt und dem Dr. Prutsch und dem gesamten Team bedanken für ihre jahrelange Arbeit. Ich möchte schon ganz kurz klarstellen, weil es heute auch schon angesprochen wurde, die FPÖ hat diesem Pariser Abkommen aus vielerlei Gründen nicht zugestimmt. Einer davon ist, dass es keine Pönale gibt, das heißt, es ist ein absolut zahnloses Abkommen und ein zweiter ist, dass die Atomenergie darin enthalten ist, gegen die wir absolut auftreten. Ich freue mich

schon auf die Zusammenarbeit im Herbst und ich hoffe, dass es mehrere Lösungsvorschläge geben wird und nicht nur wieder Fahrverbote. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

6.15 Stk. 16) A 8 - 011695/2018-2	„Graz Winterspiele 2026 GmbH“;
A 8 -077405/2017/0063	1. Abschluss einer Fördervereinbarung
A 13 - 006144/2018-6	über EUR 1,5 Mio. für 2018
	2. haushaltsplanmäßige Vorsorge über
	EUR 1,5 Mio. in der AOG 2018

Frölich:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen. In diesem Stück geht es um den Abschluss einer Fördervereinbarung über 1,5 Mio. Euro für 2018. Wie Ihnen allen bekannt ist, haben wir im März-Gemeinderat die Gründung der Gesellschaft Graz Winterspiele 2026 GmbH beschlossen. Diese Gesellschaft hat nun Dinge zu erledigen, nachdem Graz eine jener 7 Städte ist, die vom IOC als Bewerberstadt anerkannt wurde. Das ist die erste Phase der Bewerbung, „interested City“ zu sein und da wären jetzt folgende Aufgaben von der Gesellschaft zu erledigen: Insbesondere einmal der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie, wo sich Experten zusammen mit unseren Universitäten einmal darum kümmern sollen, die Machbarkeit im Rahmen dieser Studie auf Expertenbasis darzustellen. Es geht um die Vertiefung und Vorabstimmung des gesamten Sportstättenkonzeptes, das muss erledigt werden, aber auch die Erstellung einer Mission-Leitbild-Vision. Das heißt, die großen, die Big Pictures sollen sozusagen erkannt werden und die Big Pictures sollen dann der rote Faden sein, nachdem alle Maßnahmen gesetzt werden. Es geht aber auch um den Aufbau und den Einsatz von entsprechenden Kommunikationsmaßnahmen und Social-Media-Plattformen und last but not least ist ein Ziel das Erreichen des Status der

Kandidaten-City. Um alles das zu erreichen, braucht's natürlich auch Geld. Gesamt wären das 2.250.000 Euro. 1,5 Mio. Euro werden durch diese Fördervereinbarung, die es jetzt zu beschließen gilt, von der Stadt Graz aufgebracht. Die restlichen Beträge werden so dargestellt, dass die Stadt Schladming bzw. auch die Gemeinden Ramsau und Haus 250.000 Euro aufbringen werden und 350.000 Euro durch Sponsoren. Weiter 150.000 sollten durch die anderen möglichen Austragungsorte und deren Sponsoren aufgebracht werden. Bestellungen, ein wichtiger Hinweis, durch die GmbH sollen maximal in jenem Ausmaß erfolgen, wo die Finanzierung für solche Finanzierungen gesichert ist. Die Aufnahme der Tätigkeiten ist sozusagen Hintergrund des Stückes. Diese zweite Phase, die dann folgen kann, wird natürlich auch Geld kosten, damit eine gute Arbeit geleistet und das professionell abgewickelt werden kann. Derzeit abgeschätzt ca. 5 Mio. Euro, dafür wird es einen eigenen Beschlussantrag im Gemeinderat geben, wenn nämlich diese zweite Phase gestartet wird, wenn Graz Kandidaten City sein sollte. Das wird dann im Oktober 2018 bis September 2019 sein diese zweite Phase. Ich bitte um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Fördervereinbarung in der Höhe von € 1.500.000,-, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz und der Graz Winterspiele 2026 GmbH, wird genehmigt. Die Auszahlung erfolgt auf das Konto IBAN: AT82 1200010023387482, BIC: BKAUATWW lautend auf „Graz Winterspiele 2026 GmbH“.
2. Die haushaltsplanmäßige Vorsorge über € 1,5 Mio. in der AOG 2018 sowie folgende Budgetveränderungen werden beschlossen:
Folgende Fiposse werden in der AOG 2018 geändert bzw. neu geschaffen:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 12. April 2018

Fipos	Bezeichnung	AOG 2018
5. 26910. 755000	Lfd. Transferzahlungen an Unternehmungen (ohne Finanzunternehmungen, Graz Winterspiele 2026 GmbH)	1. 500.000,-
6. 26910.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	1. 500.000,-

Die Bedeckung von € 1.500.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Beteiligungen - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

GR. Eber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen. Möchte vielleicht kurz darauf hinweisen, wir sollen jetzt eine erste Tranche sozusagen beschließen über 1,5 Mio. Euro. Jetzt geht es langsam doch schon ins Geld. Wir haben ja in der Februar-Sitzung, so glaube ich, einen dringlichen Antrag gestellt, dass wir gerne eine Volksbefragung am Beginn dieses ganzen Prozesses sehen würden, weil wir der Meinung sind, wenn es um so viel Geld geht, sollte die Bevölkerung gefragt werden. Dieser Antrag ist mehrheitlich dann abgelehnt worden. Wir haben begonnen, nach dem Steiermärkischen Volksrechtesgesetz selber einige Unterschriften zu sammeln. Bekanntlich sind ja 10.000 dafür notwendig, um in Graz eine derartige Volksbefragung durchzuführen. Es hat sich nun im Laufe der letzten Wochen eigentlich für mich gezeigt, dass es eine sehr gute Geschichte ist. Von daher müssen wir fast dankbar sein der ÖVP- und FPÖ-Koalition, dass sie den Antrag abgelehnt haben, weil das hat uns natürlich ermöglicht, mit sehr vielen Menschen in Graz in Kontakt zu kommen und auch zu hören, was sie meinen zu diesen Olympischen Spielen und der Frage der Bewerbung. Ich muss Ihnen sagen, es

sieht nicht sehr gut aus für die Olympischen Spiele, was den Rückhalt in der Bevölkerung anbelangt. Wir haben, ich würde sagen, in wenigen Tagen werden wir 2/3 der Unterschriften beieinander haben, wir werden dann noch weitersammeln. Die Volksbefragung wird auf alle Fälle kommen. Noch vor dem Sommer, nehme ich an. Wir haben uns bei unseren Klubsitzungen natürlich auch immer wieder über dieses Stück unterhalten. Wir sind zur Meinung gelangt, wir sollen es durchaus noch einmal versuchen, vielleicht kehrt ja die Vernunft ein sozusagen, wenn ich es ein wenig überspitzt formulieren darf und eine Volksbefragung findet ja doch sozusagen noch statt, weil sie der Gemeinderat ja immer beschließen kann. Daher darf ich folgenden

Abänderungsantrag

stellen:

Vor der Freigabe weiterer Mittel in Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 ist jedenfalls eine Volksbefragung abzuhalten. Die Frage soll lauten: „Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, „Host City“ (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?“

Ich ersuche selbstverständlich um Annahme. Sollte es wider Erwarten nicht angenommen werden, freue ich mich natürlich auch schon darauf auf weitere Unterschriften, die wir von der Bevölkerung dann bekommen werden und sehe der Volksbefragung jetzt schon mit großer Freude entgegen. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Vor der Freigabe weiterer Mittel in Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 ist jedenfalls eine Volksbefragung abzuhalten.

Die Frage soll lauten: „Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, „Host City“ (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?“

GR. Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne. Wie Sie alle wissen, habe ich beim Letter of Intent für Olympia zugestimmt, weil ich der Meinung bin, dass wir in Graz eine Volksbefragung brauchen und dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Entscheidung auf Grund von Zahlen, Daten und Fakten treffen sollten, und diese Zahlen, Daten und Fakten sollen sie durch eine Machbarkeitsstudie bekommen. Ich habe aber auch gefordert, dass man in Zukunft bei Olympia transparenter umgeht und dass man auch die Gemeinderäte stärker aktiv miteinbindet und, wenn ich mir den heutigen Beschluss so ansehe, dann kann ich nur schlicht und einfach sagen, das ist in diesem Fall nicht erfüllt worden.

Es gibt drei Punkte, warum ich heute gegen diesen Antrag stimme. Der erste ist, dass die Art und Weise, wie dieses Budget dargestellt ist, sehr intransparent ist, um es kurz zu sagen. Es gibt Gesamtbudgetposten, da hat heute im Finanzausschuss auch niemand sagen können, was die genau sind. Was ist ein Marketingbotschafter, 30.000 €, Stillschweigen im Ausschuss. Da frage ich mich persönlich auch, warum Personen, die jetzt bei diesem Antrag zustimmen, die seitens der Regierungsfractionen im Ausschuss gewesen sind, erklärt mir bitte, was ist ein Marketingbotschafter, wofür brauchen wir da 30.000 € dafür? Wohin fließen die 20.000 € Repräsentationskosten? Was sind 90.000 € für Stammtische, Meetings und Sitzungen? Ich weiß nicht, wer von euch schon einmal einen Stammtisch organisiert hat, aber wofür brauche ich € 90.000? Wird man da Champagner trinken? Das steht so drinnen und die Fragen sind heute leider im Finanzausschuss von den Budgetverantwortlichen nicht beantwortet worden. Das Zweite, was mich stört, geht an dich, Thomas Rajakovics. Im ersten Meeting, das wir zusammen gehabt haben, hast du mir, und das habe ich mitgeschrieben, das weiß

du, versichert, dass die Machbarkeitsstudie 75.000 € kosten wird und du hast gesagt, maximal 100.000 €. Heute im Ausschuss kommt die Wortmeldung, dass die Machbarkeitsstudie auf einmal 250.000 bis 350.000 € kosten soll. Eine Budgetsteigerung um 300 % und niemand im Ausschuss hat mir erklären können, woher das kommt. Wie gibt es das? Woher kommt diese Unwissenheit, und der dritte Punkt, warum ich dagegen stimme ist, weil in diesem Budget über 30 % PR Kosten drinnen sind. Über 30 % sind Marketing, € 705.000, und ich finde, so viel Geld so frühzeitig für Werbung auszugeben und für PR-Kosten ist einfach bei dem derzeitigen Stand des Projektes zu früh, noch einfach verfrüht, und wir sollten uns einfach auf die Machbarkeitsstudie konzentrieren. Billiger, so wie anfangs besprochen eigentlich, und dann die Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Wegen diesen drei Punkten gibt es heute leider meine Zustimmung nicht und ich hoffe, ihr werdet das jetzt durchziehen, auch wenn ihr nicht wisst, wofür ihr das Geld ausgeben, aber ich hoffe, dass ihr in Zukunft ein wenig mehr auf Transparenz setzt und vielleicht auch uns Gemeinderäte informiert oder euch selbst informiert.

GR. Ehmman:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Zuhörer und Zuhörerinnen. Ja, wir werden diesem Stück auch nicht zustimmen, wir haben es von Beginn an begründet. Es war schon beim Absenden des Letter of Intent in Wahrheit Inhalt. Es ist aus unserer Sicht eine Hals-über-Kopf-Bewerbung. Man hat sich einfach so hineingestürzt, ohne sich zuvor viele Gedanken zu machen. Wir haben gesagt, ein begleitender Ausschuss, wo man sagt, man macht ständig Analysen, Faktencheck etc., auch mit überfraktioneller Beteiligung macht Sinn. Das ist auch abgelehnt worden. Das ist damals an der 2/3-Mehrheit gescheitert, die man sich selbst auferlegt hat bzw. die Regierenden uns auferlegt haben, sagen wir so. Das heißt, eine Forderung nach der anderen, aber gleichzeitig auf unsere Belange und Informationseinforderungen wurde

nicht eingegangen. Wir haben dann den Sonderausschuss selbst gehabt, der dann auch nicht wirklich zufriedenstellend war. In diesem Sinne ist es einfach nur konsequent, hier darauf hinzuweisen, dass wir wirklich andere Belange in der Stadt haben, wo man vernünftig Budgetmittel einsetzen kann und soll und daher unsere Ablehnung dazu.

Danke.

GR. Dreisiebner:

Ich kann mich ein Stück weit an den Michael Ehmann anschließen. Wer heute in dem gemeinsam tagenden Ausschuss für Sport bzw. Finanzen war, der hat zum einen nicht nur festgestellt, dass die Zahlen, Niko Swatek hat es auch gut herausgearbeitet, nicht wirklich alle nachvollziehbar sind bzw. nicht erklärt werden können. Ich habe auch extra noch die Frage gestellt, warum die Miete inklusive Betriebskosten und Strom für die nächsten fünf Monate doch an die 6000 Euro pro Monat betragen soll, ob man nicht im Bereich der Stadt Graz, im Bereich Haus Graz hier etwas hätte. Daraufhin wieder die lapidare Auskunft, es wird eh im Haus Graz irgendetwas gesucht und gefunden werden.

Es ist viel offen, das nicht offen sein sollte. In diesem Sinne, ihr habt abgelehnt, hier transparent und in entsprechenden Ausschüssen zu arbeiten, das war eine Leistung der schwarz-blauen Koalition, genauso wie man sich gegen die Einbindung der Bevölkerung wehrt. Es wird einfach weiter genudelt und dahingetan so, als ob es kein Morgen gäbe, als ob es nichts Wichtigeres gäbe. Aber vielleicht ist ja auch die Wahrheit, dass es nichts Wichtigeres gibt für euch und es ist einfach nicht nachvollziehbar, was hier passiert und wie hier vorgegangen wird. Auch wenn man sich die Gesamtkosten von € 2,25 Mio. für diese Vorphase anschaut, dann sind hier auch noch in etwa 400.000 Euro nach meiner Einschätzung nicht wirklich ins Haus eingefahren bzw. ist die Ernte noch nicht da. Das ist mehr oder weniger hineingeschrieben, um es noch zu lukrieren. Da sind einfach noch so viele Fragezeichen offen, die nur durch eines noch getoppt werden, dass wir dann von einem Mitglied der

Volkspartei im Ausschuss zu hören bekommen, wir wären ja eh dagegen, warum wir denn so genau nachfragen würden. Aber das ist genau das, was ihr wollt. Ihr wollt das alle miteinander allein ausmachen, ihr wollt es auch nicht in der Öffentlichkeit dementsprechend inhaltlich transportieren, ihr wollt nicht einmal mit dem Gemeinderat teilen. Die Antwort an den Kollegen, die bin ich ja schuldig geblieben im Ausschuss. Egal ob man dafür oder dagegen ist, Kontrolle, hinschauen, und zwar im Sinne unserer Auftraggeberinnen und Auftraggeber, der Grazerinnen und Grazer, das ist unser Job und nichts anderes. Wir stimmen dem KPÖ-Abänderer zu und dem Stück natürlich nicht.

GR. Rajakovics:

Ich verstehe das, was du anmerkst, dass du gerne mehr konkrete Zahlen hättest und ich verstehe auch den Niko Swatek. Wir können es tatsächlich jetzt noch nicht sagen, was TU, FH und Joanneum Research kosten werden. Ich gehe davon aus, dass diese Einzelstudien, wir haben damals gesprochen von dieser Marktanalyse, Studie, die eventuell auch die Wirtschaftskammer noch finanzieren wird, dass die nicht mehr als 75.000 Euro kosten sollte. Das ist ein Rahmen, und weil der Geschäftsführer Markus Pichler heißt und das sehr seriös für uns in der letzten Special-Olympics-Bewerbung und in der Durchführung abgewickelt hat, habe ich kein Problem, einem Rahmenbudget jetzt zuzustimmen. Vielleicht braucht er auch nur 800.000 für alles zusammen, weil er gut wirtschaftet und weil gewisse Sponsoren anderes übernehmen. Das wissen wir nicht und wir können es auch gar nicht wissen. Ihr glaubt immer, das IOC wartet nur darauf, die kommen her, diktieren und sagen, das und das brauchen wir, das kostet so viel, wir wissen es nicht. Wir haben am 7. Mai das erste Mal die Gelegenheit, dass das IOC selbst in die Stadt kommt. Dann werden wir mit den Herren auch besprechen, was sie erwarten, was sie für Vorstellungen haben, welche Berichte tatsächlich bis September vorliegen müssen. Muss es ein komplettes Design geben für die Bewerbung? Muss es bereits einen Übertitel geben, muss es ein Logo geben? Das

Ganze muss man planen, weil in den Vorgaben, die sie geben, ja in Wirklichkeit für die Bewerbungsphase faktisch schon alles fix und fertig daliegen soll. Soweit sie uns das geschickt haben. Die Frage ist, ob sie das alles jetzt schon wollen. Wenn sie das alles jetzt schon wollen, wird es mehr kosten, wenn sie in vielen Bereichen nur grobe Überblicksrechnungen brauchen, wenn sie über die Sportstätten noch nicht definitiv die genauen Daten und Fakten haben wollen, sondern ihnen das reicht, dass das, was Organisationskomitees aus Weltcupbewerben oder Weltmeisterschaften haben, zur Verfügung stellen, wenn ihnen das einmal als Basis reicht, dann werden wir bei manchen Studien bei weitem nicht das Geld brauchen. Ich sage ja, wir wissen noch nicht genau und das ist die Wahrheit, wir wissen noch nicht genau, was das IOC sich von uns erwartet, weil wir ja in einer Phase sind, wo wir jetzt diese ganzen Parameter erst zusammentragen. Wir wissen aber, dass gewisse Aufträge an Agenturen, an Institute etc. einen gewissen Rahmen von Kosten verursachen, den beschließen wir. Das heißt nicht, dass wir wirklich 300.000 für den Posten brauchen, vielleicht sind es dann sogar nur 250.000 oder 200.000 Euro. Es kann weniger werden. Wir haben einen Rahmen vorgegeben, mit dem der Mag. Pichler sicher sorgsam umgehen wird und ich vertraue ihm und wir als Koalition vertrauen ihm, weil wir das Gefühl haben, dass er sehr seriös umgeht und sich auch gerade vor großen Institutionen nicht fürchtet und gleich klein beigibt. Das hat man auch gesehen bei den Special Olympics. Da waren auch Forderungen am Tisch von Special Olympics USA nach weiß Gott wie vielen Freiplätzen für das und so und so viele Autos zum Hin- und Herführen usw. Letztlich haben wir das mit dem öffentlichen Verkehr gemacht und es war auch eine großartige Veranstaltung. Da hat er sich auch durchgesetzt. Wir haben jetzt einmal eine Planung abgegeben, die die Hälfte dessen ausmacht, was Innsbruck geplant hätte. Das sind ja auch keine Wuckeln, die keine Ahnung von irgendetwas haben. Die haben eine Machbarkeitsstudie gehabt und die haben das Doppelte angesetzt. Wir haben die Hälfte angesetzt und den einzelnen Positionen zugeordnet wie, sie möglicherweise kommen werden. Das kann noch günstiger werden. Jetzt braucht er einen Rahmen, damit er zu arbeiten beginnen kann. Deshalb ersuche ich auch um Vertrauen darauf, dass da eine Persönlichkeit ist, die wirklich sorgsam mit Geld umgeht. Letztlich erleben

wir das jetzt auch beim Bau der Hüttenbrennergasse. Dort ist alles im Rahmen, sowohl zeitlich als auch finanziell. So einer Person das Vertrauen zu geben, dass er das ordentlich machen wird. Erstens nach dem Treffen mit dem ÖOC und auf der Klausur Ende April und nach dem Treffen mit dem IOC, dann werden diese Zahlen viel genauer und natürlich werden wir das berichten, wenn sich etwas ändert und in dem Moment, wo wir es genauer wissen, werden wir das dem Gemeinderat berichten. Das ist keine Geheimaktion, sondern da ist Faktum, dass wir es nur in so großen Zügen im Moment am Tisch haben und mehr können wir nicht machen und es muss diese Gesellschaft einmal zu arbeiten beginnen und Aufträge vergeben werden, dann kann ein Joanneum Research sagen, wenn das in dem Ausmaß ist, das sind Zahlen, die wir noch nicht haben, das wird mehr kosten, oder es sind Zahlen, die wir eh aus x Studien, die wir in letzter Zeit vom Land gehabt haben, schon am Tisch haben und das können wir relativ leicht auswerten. Da ist vieles noch offen. Das ist eine Grobkostenschätzung, die wir heute beschließen und es wird selbstverständlich je mehr es auch an Informationen und Sicherheiten gibt, desto genauer wird auch die Information in eure Richtung sein.

GR. Mag. Egger:

Herr Vizebürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf mich jetzt outen. Ich war der angesprochene Kollege, den der Kollege Dreisiebner gemeint hat. Ich hatte schon die Vorahnung, dass genau das kommt, was jetzt abgelaufen ist. Der Kollege Dreisiebner stellt im Ausschuss die Frage, wie das jetzt mit den Büroräumlichkeiten, was die Kosten betrifft und was das für ein Wahnsinn ist und könnten wir da nicht als Stadt anbieten. Daraufhin hat die zuständige Mitarbeiterin des Magistrates, die du da jetzt als lapidare Antwort bezeichnet hast, die Antwort gegeben, dass natürlich, wie in solchen Fällen üblich, im Magistrat darauf geschaut wird, dass wir dort Büroräumlichkeiten anbieten. Genau zwei Büroräumlichkeiten stehen zur Auswahl. Das war die Antwort, die du als lapidar bezeichnest. Ich frage mich ja nur, warum du überhaupt in den Ausschuss gehst, wenn

du deine Rede für den Gemeinderat und für die Zeitungen vorher schon formuliert hast? Du forderst Transparenz und was noch alles und hast nichts anderes im Sinn, als das alles madig zu machen. Weil ihr mit dem Tempo, das der Herr Bürgermeister vorgibt mit der Rathausfraktion, nicht nachkommt. Da Einzige, was ihr hinausbringt, ist heiße Luft hintennach, weil ihr mit dem Schnaufen nicht zusammen kommt. Das muss euch einmal gesagt werden. Das ist jedes Mal die gleich mühsame Arbeit. Auf der anderen Seite machst dann auch noch die Magistratsmitarbeiter schlecht, nur weil du meinst, du kannst dich damit profilieren. Weil ihr euch so fürchtet vor dem Geld oder über das Geld, das hier hineingeht in die GmbH. Der dortige Geschäftsführer unterliegt dem GmbH-Gesetz. Der hat dort Geschäftsführerfunktion und wird über das, was er dort ausgibt, einnimmt, verwendet, einsetzt, genau Rechenschaft ablegen müssen. Ich bin überzeugt davon, dass wir uns im Kontrollausschuss damit auch beschäftigen werden, weil der Antrag von den Grünen ist schon geschrieben, bevor überhaupt irgendjemand zu arbeiten angefangen hat, aber ist ok, es ist eh immer das Gleiche. Die einen sammeln Unterschriften, die anderen schreiben Anträge für den Kontrollausschuss. So hat jeder seine Rolle. Wir gestalten die Politik in der Stadt und das ist gut so.

GR. Dreisiebner:

Leute, was ist denn heute los? Ist die Feinstaubbelastung hoch, ich habe nicht hineingeschaut, weil das ist der Zweite, der beginnt zu hyperventilieren nach dem Armin Sippel und nebenbei auf die Idee kommt, jemand anderes bekommt keine Luft mehr. Nein, Kollege Egger, ich habe schon die Luft und es ist nicht so, dass ich jemanden madig gemacht habe oder dass die Opposition Beamtinnen und Beamte madig gemacht hat. Es wird auch nicht an der Redlichkeit des Herrn Pichler und an seinen Fähigkeiten gezweifelt. Das ist nicht der Punkt. Wenn ich vorhin gesagt habe, eine lapidare Antwort, dann habe ich eigentlich gemeint, dass das Informationen sind, die nicht in den Bericht kommen bzw. nicht im Stück stehen, bzw. im Ausschuss nicht

aktiv berichtet werden. Jetzt komme ich zum Kollegen Rajakovics, unserem Mr. Olympia, zumindest in den heiligen Hallen des Bürgermeisterbüros. Ich bin nicht in der Lage, das nachzuvollziehen, dass man nicht aufgrund dessen, dass es schon x Städte gegeben hat und Regionen gegeben hat, die ein Ding, dass sich Olympische Winterspiele nennt und wo es verschiedene Bewerbungsphasen gibt, dass man da nicht ungefähr weiß, was die in dem jetzigen Zeitbereich, in dem wir uns befinden, ungefähr von uns als BewerberInnenstadt, die wir ja nun sind, erwarten würden. Man kann das IOC vermutlich fragen, man kann bei anderen historisch oder aktuell aktiv Gewesenen, es gibt ja auch Innsbruck, Tirol, die aufgrund der Volkbefragungsergebnisse ausgeschieden sind, nachfragen, was ist denn da ungefähr zu tun usw. Hier wird uns quasi verkauft, wir wissen nicht, müssen wir ein Logo machen, müssen wir das machen, müssen wir jenes machen, egal, ihr wollt es einfach nicht transparent herstellen, das ist für mich das Ergebnis und wenn ich das Ding mit den unbekanntem Olympischen Winterspielen umdrehe, wo wir mit weniger rauskommen als mit 1,5 oder 2,25, dann könnte ich mich jetzt auch davor ein wenig fürchten, aber die Zeit wird es uns ja beweisen, ob wir nicht im Juni noch eine Million draufbeschließen müssen oder etwas mehr oder weniger. Weil es ist ja alles ganz umgekehrt. Was wollen die von uns, was brauchen die alles und was können wir uns, was wollen wir leisten?

Liebe Leute, so geht das nicht, das werdet ihr ja nicht auf Dauer den Menschen erklären können und wir sind keine Madigmacher, wir erlauben uns nachzufragen. Noch einmal zurück zum Herrn vom Wirtschaftsbund, wir wollen nichts Böses, wir fragen nur nach.

GR. Rajakovics:

Lieber Karl, bei allem Verständnis, jetzt stellst du dich da heraus, ich habe gerade gesagt, es gibt erstens einmal, soweit ist es bekannt, dass diese Spiele nach neuen Spielregeln ablaufen. Das ist angekommen. Das haben wir veröffentlicht, dazu gibt es

auch die Übersetzungen auf Deutsch, wie das jetzt so ist. Also es gibt nicht so viel Vergleichbares, weil die Spiele, die vergeben wurden für Peking unter ganz anderen Rahmenbedingungen vergeben wurden als die jetzigen. Daher hat es nicht viel Sinn, die zu vergleichen, wie es Peking gemacht hat, wobei wir uns ganz gut vorstellen können, wie die das gemacht haben. Die Frage, Karl, war, haben wir das angeschaut, was die Stadt, die ja ernsthaft, vom ÖOC ursprünglich geplant, als Austragungsort von Österreich gewesen ist, was hat die hineingeschrieben haben. Jetzt gehen wir her und haben da praktisch halbiert und du stellst dich heraus und sagst, das ist alles zuviel, ihr habt keine Ahnung.

Wir haben gesagt, wir können noch deutlich günstiger und hoffen es, noch deutlich günstiger machen als Innsbruck. Im Groben hat das IOC gemeint, naja, das könnte klappen, wenn wirklich eure ganzen Institute, Technik usw. mitmachen, dann braucht ihr die vielen internationalen Experten nicht, die Verkehrskonzepte ausarbeiten usw. Dann wird sich das eventuell so ausgehen und das haben wir jetzt budgetiert. Das ist die Hälfte von dem, was Innsbruck budgetiert hat. Wir haben uns sehr genau angesehen, was andere budgetiert haben und du stellst dich zu mir heraus und sagst, es ist alles unglaublich und unglaubwürdig. Ich weiß nicht, was ihr noch mehr haben wollt als den ganz klaren Versuch, mit möglichst wenig Mitteln die Chance, die zumindest nicht schlecht steht laut ÖOC und auch laut dem Herrn Pach vom IOC, die unbedingt in den Alpen wieder eine Olympiade haben wollen, mehr oder weniger ist es nicht. Wir haben jetzt wirklich eine Kalkulation wahrscheinlich am untersten Limit dessen, was das ÖOC überhaupt noch mitträgt, weil die sind ja letztlich der Veranstalter, einmal auf den Tisch gelegt und das beschließen wir heute. Das ist mehr als transparent, wie das zugegangen ist und du kannst dir die Studie von Innsbruck anschauen, wie sie zu ihren Zahlen gekommen sind, weil die haben ja bereits eine 160-seitige Machbarkeitsstudie dazu, wenn wir glauben, dass wir das günstiger machen können, solltest du uns eigentlich gratulieren und nicht sagen und heraußen stehen und sagen, ich habe keine Ahnung, da gehe ich nicht mit.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Ich möchte mich jetzt doch noch zu Wort melden, weil das mit den relativ wenigen Mitteln ich einen Vergleich ziehen will. Es wurde schon erwähnt, es wurden, mich wundert es nicht mehr bei den ganzen Energien, die hier aufgewendet werden und weil wahrscheinlich mit der Geschwindigkeit, mit der hier herangegangen wird, dass allein € 90.000 für Stammtische budgetiert sind, dann muss man schon etwas zum Kühlen haben, aber ich möchte irgendwie im Ausgleich sagen, wir haben heute auch beschlossen nur knapp weniger als 90.000 € für die Vorstudie zum Kulturjahr 2020, was auch internationale Wirkung zeigen soll, was nachhaltige Wirkung haben soll, weil nämlich mit den Stadtteilen gearbeitet werden soll. Da ist klar, dass im Kulturbereich so etwas für 94.000 €, wo wirklich ein komplett neues Konzept erarbeitet werden soll, ein Logo usw. ein Web-Auftritt usw., im Kulturbereich geht das. Ich frage mich gerade, vielleicht sollten sich die Verantwortlichen für Olympia wenigstens Leute aus dem Kulturbereich holen, weil dann könnten sie sich eine Menge einsparen. Nämlich aus einem Bereich, wo immer erwartet wird, dass prekär gearbeitet wird, dass trotzdem eine internationale Wirkung entsteht und dass die Stadt sich nachhaltig Kulturstadt bezeichnen kann. Danke.

GR. Frölich zum Schlusswort:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Kurt Egger hat es mir vorweggenommen. Die Ziffern, die mir der Karl Dreisiebner genannt hat, sind einfach falsch und er hat einfach falsch informiert aus dem Ausschuss. Die Frau Mag. Lässer hat im Ausschuss gesagt, dass die Studie, die Machbarkeitsstudie, an die 250.000 Euro kosten könnte. € 300.000 hat niemand in den Mund genommen. Die zweite Geschichte ist die, nur um das zu berichtigen, dass die Räumlichkeiten von der Kollegin Peer schon gefunden sind, das hat sie ausdrücklich gesagt, das halten wir auch fest. Da ist nicht irgendetwas von irgendeiner Mitarbeiterin gesagt worden, man wird sich das ansehen und man wird suchen. Was mir wichtig ist, dass wir hier noch einmal festhalten diese Tabelle, die

dem Stück beiliegt, das ist kein Budget, sondern das ist eine Grobkostenrechnung, die von Herrn Mag. Pichler angestellt ist. Jetzt weiß ich schon, dass der Karl Dreisiebner wahrscheinlich der bessere Geschäftsführer wäre, weil er eh alles weiß und für alles eine Lösung hat, aber der Herr Mag. Pichler hat uns bewiesen in seiner Tätigkeit in der Vorbereitung der Special Olympics, dass er schon weiß, was er da tut und wovon er da spricht und dass er vielleicht sogar mehr weiß als die Grünen, was Olympische Spiele und Vorbereitungen von Olympischen Spielen betrifft. Was mich ein wenig stört, ist eines, dass der Rest der Fraktionen von den Grünen und der ehemaligen stolzen Sozialdemokratie wieder dasitzt, die Grazer haben ja schon einmal abgestimmt, das muss man schon sagen, die Grazer haben schon einmal abgestimmt, ihr sitzt hier und traut euch nicht, klar zu sagen, nein, wir sind dagegen. Mr. No-Olympia. Wenn das der Mr. Olympia ist, bist du der Mr. No-Olympia, nur mit dem Unterschied, du traust dich nicht, nein zu sagen. Sagt doch nein, meine Grünen, vielleicht bleibt ihr dann eh so viele wie ihr seid. Ihr sagt nicht nein. Ihr sagt, ihr wollt Fragen stellen und wollt Informationen haben und genau das tun wir. Wir holen mit einer Machbarkeitsstudie Leute, die vielleicht ein wenig besser sind als die Grünen oder der Rest der Sozialdemokratie, nämlich Leute von den Universitäten, Leute von Joanneum Research und wollen denen für gutes Geld, für ein ehrlich verdientes Geld sagen, schreibt uns bitte hier zusammen, wie das geht. Dann, meine lieben Damen und Herren von der KPÖ, wenn wir diese Informationen haben, Kurt Luttenberger lauscht schon sehr aufmerksam, danke, dass du mir dein Ohr leihst. Fakt ist, dass wir dann den Grazerinnen und Grazern Informationen liefern können und das ist ein seriöses Vorgehen, wenn wir mit Informationen an die Bürger herantreten und den Bürgern sagen, schaut, so sieht das aus. Wir sind aber bitte auch, und da kommen wir jetzt zum Punkt, deshalb gewählt in die Politik, damit wir etwas tun und damit wir uns etwas trauen. In einigen Jahren werden wir wieder Gemeinderatswahlen haben und dann werden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt darüber abstimmen, ob wir etwas richtig oder ob wir etwas falsch gemacht haben. Ob das Geld, das wir jetzt einsetzen bis zu dem Punkt, wo uns das IOC vielleicht sagen wird, na macht es doch, ihr seid's der richtige Kandidat, ob das Geld gut eingesetzt war. Ich hoffe auf noch etwas, ich glaube,

wir werden eines Tages wissen, ob es der Stadtrechnungshof oder andere Experten sagen, wir werden eines Tages wissen, ob dieses Geld bis hin zur Entscheidung, ob wir die Spiele bekommen oder nicht, ob dieses Geld das wert war, wofür wir es ausgegeben haben und was der Werbewert für die Marke Graz, die momentan rund um die Welt in diesen Tagen, in diesen Stunden rollt. In diesen Minuten rollt die Marke Graz mit anderen sechs Städten. Ich gebe ehrlich zu, ich habe Science vorher nicht gekannt, vielleicht ist es eine Wissenslücke, aber ich habe ein paar im Gegensatz zu den Grünen. Ich habe Sion nicht gekannt. Es wird ein paar Leute in Australien geben, die Graz nicht gekannt haben bis in diesen Tagen. Bald werden sie es kennen und spätestens, wenn in Mailand Ende 2019 diese Entscheidung fällt, werden uns Werbefachleute sicher sagen können, was es gekostet hätte, Graz in dieser Art und Weise zu bewerben, wenn wir es aus einem anderen Grund getan hätten. Ich bitte um Annahme dieses Stückes, danke. (Appl. ÖVP)

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

**6.16 Stk. 17) A 14-132202/2015 07.23.0 Bebauungsplan „Eichbachgasse“
VII. Bez., KG Murfeld**

Lohr:

Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer. Es geht um einen Bebauungsplan 7.23.0 in der Eichbachgasse in der Gemeinde Murfeld. Die Tonweber Projektentwicklungs- und Beteiligungs Ges.m.b.H. ist außerbüchliche Eigentümerin dieser Liegenschaften sowie grundbücherliche Eigentümerin eines Grundstücks. Mit Schreiben vom 26.06.2015 ersucht der Rechtsvertreter dieser Gesellschaft um die Erstellung eines Bebauungsplanes. Das Planungsgebiet stellt einen Teil eines großen Aufschließungsgebietes dar und weist gesamt eine Größe von ca. 13.000 m² auf. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan liegt das Bebauungsplangebiet im „Allgemeinen Wohngebiet-Aufschließungsgebiet“ mit einem Bebauungsdichtewert von 0,4 -0,8. Gemäß Deckplan zum 4.0 Flächenwidmungsplan ist zur Aufhebung des Aufschließungsgebietes die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Dieser liegt jetzt vor. An Bebauung vorgesehen sind insgesamt sieben punktförmige Baukörper. Die viergeschossigen Baukörper orientieren sich zum Inneren des Planungsgebietes, Übergänge zur Nachbarbebauung sind dreigeschossig. Es hat dann eine Auflage gegeben. In dieser Frist sind Einwendungen von acht Bürgern eingelangt sowie Stellungnahmen. Diese sind dann auch großteils berücksichtigt worden. Die Änderungen bitte der Verordnung zu entnehmen. Im Ausschuss ist es beraten und einstimmig beschlossen worden. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle den 07.23.0 Bebauungsplan „Eichbachgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.23.0 Bebauungsplan „Eichbachgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. (gegen KPÖ)

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

6.17 Stk. 18) A 14-044004/2017/0008

14.18.0 Bebauungsplan

**„Reininghausstraße - Karl-Morré-Straße -
Bauernfeldstraße – Gaswerkstraße“,
XIV.Bez., KG: 63109 Baierdorf**

Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Technisch und antragsmäßig ist dieser Bebauungsplan gleich wie der meines Vorredners. Inhaltlich möchte ich ausführen, es ist im Weitbild des sogenannten Reininghausareals gelegen, auch an der Reininghausstraße. Es geht um 18.000 m² Allgemeines Wohngebiet mit einer minimalen Dichte von 0,6 bis max. 1,2. Wir haben es dort mit der Bebauungsplanpflicht zu tun, weil es um ein gründerzeitliches Bebauungsareal geht, das aber nicht zur Gänze lückenlos realisiert wurde. Wo sich auch im Innenbereich einige Einbauten befinden, aber dafür sehen wir Bebauungspläne vor, damit die weitere Verbauung wirklich plangemäß nach diesen städteplanerischen Gesichtspunkten vor sich geht. Es handelt sich hier bei diesem Geviert um eine straßenbegleitende und straßenraumbildende Bebauung, da nehme ich städteplanerisch auch noch dazu, das ist die Straße, der öffentliche Raum, um dessen Attraktivität wir auch immer ringen, wo man eben auch wohnt und Verkehr in Einklang bringt. Eben mit begrünten Höfen und teilweisen mit begrünten Vorgärten. Meist

durchgehende Bauflucht, häufig auch eine einheitliche Trauffläche. Das soll auch bei den Ergänzungen gewährleistet sein und im Inneren dürfen natürlich keine Kraftfahrzeuge abgestellt werden und, weiters wichtig, auch eine Abtretung von Flächen für die Verbreiterung der Gehsteige entlang der Reininghausstraße ist vorgesehen. Im Ausschuss ist dieser Bebauungsplan meiner Erinnerung nach einstimmig angenommen worden. Mich würde es auch freuen, wenn wir hier so ein Abstimmungsergebnis erzielen. Herzlichen Dank.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.18.0 Bebauungsplan „Reininghausstraße - Karl-Morré-Straße - Bauernfeldstraße – Gaswerkstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht,
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Topf

6.18 Stk. 19) A 14-045163/2016/0010

16.22.0 Bebauungsplan „Straßganger Straße 380 b“, XVI.Bez., KG 63125 Webling

Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Hier geht es um den Bebauungsplan Straßganger Straße 380b, besser bekannt unter dem Begriff das Paradies. Nach Abschluss des geladenen Wettbewerbsverfahrens versucht die Tennis Paradies

Freizeitanlagen GesmbH und Co KG als Eigentümerin der Liegenschaften dort um die Erstellung eines Bebauungsplanes. Ich gehe vielleicht gleich auf die Diskussionspunkte ein, die auch im Ausschuss sozusagen hier aufgeworfen wurden. Was diesen Bebauungsplan positiv auszeichnet, ist einerseits, dass im Süden des Bebauungsplangebietes ein öffentlicher Park errichtet werden soll, damit auch die Durchwegung, die sehr wichtig wäre zur anschließenden Fläche im Westen, dass die gesichert ist, über eine vertragliche Einigung gesichert ist. Was besonders hervorzuheben ist, ist auch die Parkplatzentsiegelung, dass dort in diesem Bereich tatsächlich die große Asphaltfläche, die ja als Parkplatz genutzt wird, entsprechend entsiegelt und gestaltet werden soll. Was natürlich durchaus zu diskutieren ist, und das wurde auch im Ausschuss angesprochen, ist natürlich auch die Verkehrsanbindung, die derzeit leider nur über die Straßganger Straße möglich ist. Es wurde ja auch überlegt, ob nicht eine Anbindung an die ampelgeregelt Kreuzung mit der Olga-Rudel-Zynek-Gasse möglich wäre. Damit hätten wir sozusagen einen Punkt auch für dieses Bebauungsplangebiet gefunden, wo schon eine Ampelregelung da wäre. Aber die Verfügbarkeit der Grundstücke zu diesem Gebiet oder zu dieser ampelgeregelt Kreuzung ist momentan nicht möglich. Das ist auch ein Punkt, der gestern intensiv angesprochen wurde. Was noch angesprochen wurde vom Kollegen Schwindsackl auch, war die Zufahrtssituation dort, die ja auch jetzt durch die Nutzung als Hotel, Tennisplätze bzw. früher auch für das dort befindliche Industrie- und Gewerbegebiet, dass natürlich ein Gehsteig und eine entsprechende Baumbepflanzung sozusagen entlang dieser Zufahrtstraße ermöglicht werden sollte. Das war ein wichtiger Punkt, den wir gestern noch in der Diskussion aufgenommen haben. Ein weiterer Punkt, der für die Wasserwirtschaft interessant ist und sicherlich auch entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten der Oberflächenentwässerung darstellt, ist die Versickerung auf eigenem Grund, weil wir dort ja auch die Problematik mit dem Kanalsystem zum Teil haben. Das ist auch im Verordnungstext aufgenommen worden. Ich habe versucht, die wesentlichen Punkte der Diskussion herauszufiltern und darf nun den Antrag stellen.

Der Antrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen, den 16.22.0 Bebauungsplan „Straßganger Straße 380b“ (Bereich Paradies), bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 16.22.0 Bebauungsplan „Straßganger Straße 380b“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ).

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

6.19 Stk. 20) StRH-115489/2015 **„Kostensteigerungen im Zuge von Um- und Ausbaurbeiten bei der Volksschule Brockmann (6. Bezirk - Jakomini)“**

Frölich:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wieder ein Bericht aus dem Kontrollausschuss. Der Stadtrechnungshof hat sich mit dem Projekt Ausbau Volksschule Brockmann beschäftigt, dazu einen Bericht gemacht und dieser Bericht wurde im Kontrollausschuss ausführlich diskutiert. Es ist dieser Volksschule-Brockmann-Umbau in großem Zeitdruck erfolgt und war gekennzeichnet von einigen Umplanungen bis hin zu einem nicht geplanten Abriss des Dachstuhls, der erst im Zuge des Baufortschrittes erkannt wurde. Dadurch kam es zu planerischen Maßnahmen wie die Planungstiefe, wie der Stadtrechnungshof sagt, war am Beginn des Projektes nicht

so gegeben, dass man alle Details schon erkannt hat, die dann auch durchgeführt werden mussten. Die aufgezeigten Kostensteigerungen sind dadurch entstanden, dass eben entsprechende Mehrleistungen und entsprechende Mehrerfordernisse während des Baues entstanden sind. Es gab trotz dieser ambitionierten kurzen Bauphase, wie in dem Bericht auch dargestellt wird, keine gravierenden Probleme bei den Bauarbeiten. Es ist bei einzelnen Gewerken durch diese Veränderungen auch zu Massenänderungen gekommen, die zum Beispiel bei den Baumeisterarbeiten auch zu einem Bietersturz geführt haben. Unter dem Strich ist das Projekt erfolgreich zu Ende geführt worden und es wird noch darauf hingewiesen, dass die bereits realisierten Um- und Ausbauarbeiten bei diversen Volksschulstandorten im Rahmen der jeweiligen Projektgenehmigungen liegen und die aktuell in Umsetzung befindlichen Schulausbauten sich nach dem Stand April 2018 ebenfalls im Budgetrahmen bewegen. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes des Kontrollausschusses.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Ehmann

6.20 Stk. 21) StRH-036913/2016 „Einhaltung von Kriterien bei Auftragsvergaben des Hauses Graz“

Ehmann:

Geschätzte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Bei diesem Rechnungshofbericht geht es um die Einhaltung von Kriterien bei den Auftragsvergaben des Hauses Graz. Die lassen sich folgendermaßen in Kurzform zusammenfassen: Die ökologischen und sozialen Aspekte wurden bei Auftragsvergaben des Magistrates nur teilweise berücksichtigt. Das ist die Kritik dabei, dass man sagt, dass man zukünftig wieder mehr Wert darauf legt, auf diese Maßnahmen, dass man auch die soziologischen, aber auch die ökologischen Aspekte besser in den Vordergrund rückt. Da denken wir daran, wenn Firmen Lehrlinge, Menschen mit Behinderungen beschäftigten etc. es gibt da einiges dazu von gesetzgebenden Körperschaften. Aber, wie gesagt, es wird noch nicht in der Form so gelebt, wie es wünschenswert wäre. Ich denke, wir sollten sogar noch einen weiteren Schritt gehen und auch Ökologie und Nachhaltigkeit hier beinhalten und nicht nur nach, weil vielfach nach dem Billigstbieterprinzip vorgegangen wurde, jetzt gibt es zwar die Gesetzesnovelle Bestbieterprinzip, aber da muss man einen Schritt weiter gehen und könnte das unter „Auftragsfairgabe“ sehen. Das wäre ein schönerer, weiterer Schritt. Wenn man sagt, man hat ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigt, da hat man ökologische, nachhaltige Aspekte mit der Energie. Ich glaube, wenn wir diese Sachen gesamt noch mehr in den Vordergrund rücken können und hier initiativ werden, dann würden auch hier die Kritikpunkte, die es dazu gegeben hat, noch zurückgehen und hintanzustellen sein. Bis dorthin sind doch noch ein wenig Schritte zu tun, aber insgesamt sagt der Bericht trotzdem aus, was die Regionalität usw. betrifft, dass sehr wohl sehr stark darauf eingegangen wurde, und das ist positiv hervorzuheben. Seit Beginn dieser Zeit, seit es diese Vorgabe und diesen Präsidialerlass

gibt, wurde es immer besser, das muss man auch sagen. Es ist durchaus besser geworden im Haus Graz. Aber wie gesagt, wir haben noch Luft nach oben.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. **Nagl**: Ich möchte noch anmerken, dass beim Stück Nr. 13 der Herr Gemeinderat Frölich sich für befangen erklärt hat, aber es ist trotzdem die Mehrheit gegeben.